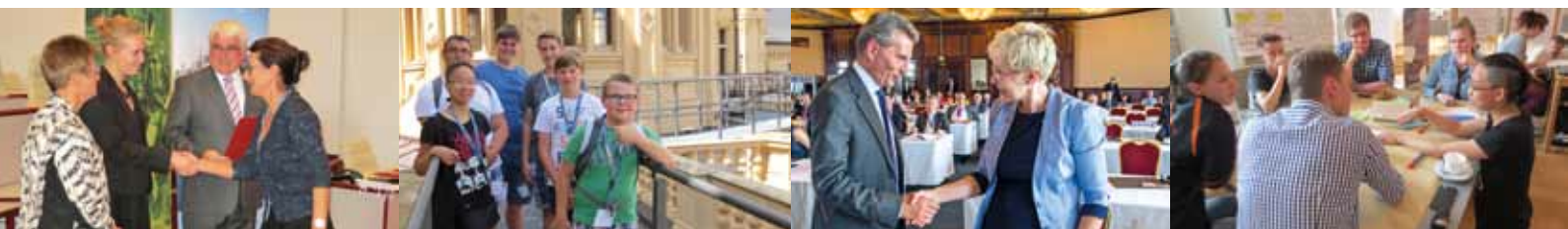


LANDTAGS NACHRICHTEN

23. September
6 / 2015
www.landtag-mv.de



+++ Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock +++ Erste Lesung zum Landeshaushalt 2016/2017 +++ Null Toleranz bei Gewalt gegen Polizisten +++ Landesförderung für die Hochschulen +++ Gerichtsstrukturreform – Volksentscheid +++ Wölfe in M-V +++ Dauerbaustelle Schloss? +++ „Jugend fragt nach“ und Generationenforum +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker): Die Orangerie-Kolonnade des Schweriner Schlosses.

3	GASTKOLUMNE	Felix Pankok (NDR) zum Ergebnis des Volksentscheids
4–5	SPEZIAL	23. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock
6–16	AUS DEM PLENUM	
6–7	Aktuelle Stunde	„Null Toleranz bei Gewalt gegen Polizeikräfte“
8–16	Berichte	Aussprache 20 Jahre Verfassung Mecklenburg-Vorpommern Eckwerte der Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern Wölfe in Mecklenburg-Vorpommern Munitions-Altlasten in der Ostsee Erste Lesung Doppelhaushalt 2016/2017
	Weitere Beschlüsse	Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern Infektionsschutzausführungsgesetz Änderung Gerichtsstrukturgesetz Gesetz zur Reform der Regelungen über die Durchführung eines Volksentscheids Beschlüsse des 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee Breitband-Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern
17–21	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Anhörung zur Metropolregion Hamburg <i>Petitionsausschuss:</i> Öffentliche Beratung zum Thema Opferschutz/häusliche Gewalt <i>Innenausschuss:</i> Informationsfahrt nach Frankreich <i>Energieausschuss:</i> Informationsfahrt nach Dänemark <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Gemeinsame Beratung mit Westpommern in den drei Nordbezirken der DDR <i>Bildungsausschuss:</i> Unterrichtungsfahrt Golm / Besuch der Europaschule Ahlbeck
22–27	PANORAMA	Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten „Jugend fragt nach“ 2015 / Generationenforum „Baustelle Schloss – ein Ende in Sicht?!“ Gesprächsrunde am Tag der offenen Tür des Landtages

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Nach dem Volksentscheid ...

Das war es. Der erste Volksentscheid in der Geschichte des Landes. Verloren haben alle. Die Initiatoren, weil sie sich nicht durchgesetzt haben. Die Landesregierung, weil sie nur eine geringe Zustimmung zu ihrem Reformvorhaben erhielt. Wenn die Justizministerin die nicht abgegebenen Stimmen als Zustimmung für die neue Gerichtsstruktur deutet, argumentiert sie falsch. Das ist so, als wenn bei Landtagswahlen behauptet würde, die Nichtwähler hätten der bisherigen Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Sonst hätten sie ja für eine Oppositionspartei gestimmt.

Und trotz dieser Niederlagen, auf beiden Seiten, – gut, dass es diesen Volksentscheid gab. Dass dieses Instrument unserer Landesverfassung endlich einmal eingesetzt wurde. Deshalb Dank den Organisatoren. Für die nächsten Volksbegehren und Volksentscheide haben sie den Weg bereitet. Diese Elemente direkter Demokratie können das Interesse an Wahlen und an den Diskussionen im Parlament erhöhen. Die Wähler könnten erreicht werden. Deshalb ist die geplante Absenkung des Quorums zu begrüßen. Wenn die ernsthafte Chance besteht, etwas zu erreichen, werden sich hoffentlich mehr an künftigen Abstimmungen beteiligen.

„ Gut, dass dieses Instrument unserer Landesverfassung endlich einmal eingesetzt wurde. “

Tatsache ist: 262.672 Bürger haben mit „ja“ und damit gegen das Reformvorhaben der Landesregierung gestimmt. So viele Zweitstimmen hat keine Partei im Landtag bei der letzten Landtagswahl bekommen. Damals gewann die SPD die Wahl mit 242.241 Stimmen. Das waren 35,6 Prozent der Wähler. Damals, 2011, ein Spitzenergebnis für die Sozialdemokraten. Erwin Sellering und seine SPD strahlten. Die Initiatoren des Volksbegehrens haben insgesamt 20.431 Bürger mehr für sich gewinnen können. Die Unzufriedenen sind auch für die kommende Landtagswahl in einem Jahr eine nicht zu unterschätzende Größe.



Foto: privat

Felix Pankok ist Redakteur und Reporter im Landesfunkhaus Schwerin in der Redaktion Politik und Recherche. Absolvent der Deutschen Journalistenschule München. Nach dem Abschluss seines Studiums der Journalistik mit den Nebenfächern Recht und Politische Wissenschaften arbeitet er seit 1992 für das NDR-Fernsehen in Schwerin.

Wie sich diese Stimmen bei einer Landtagswahl verteilen werden, ist vollkommen offen, die Gefahr für die jetzigen Regierungsparteien ist sicher eine „Denkzettel-Wahl“. Die Opposition wird daran arbeiten, dass das Thema Gerichtsstrukturreform nicht vergessen wird. Doch wird es in einem Jahr ganz sicher andere, dann aktuellere Themen geben, die wahlbeeinflussend sind.

Eines nur ist schade: Der Ministerpräsident war am Tage der Abstimmung im Urlaub. Sicher ist, Politiker arbeiten viel. Sie haben ihren Urlaub verdient. Das Pensum eines jeden Regierungsmitgliedes ist hoch. Wir Journalisten erleben das hautnah. Deshalb ist dies keine Kritik, Urlaub zu nehmen. Den hat Erwin Sellering sich verdient. Zweifelsohne. Aber doch bitte nicht am Tage der Abstimmung über einen Volksentscheid. Denn dieser Termin stand schon lange fest. Die Urlaubsplanung hätte anders aussehen können.

Dass der Ministerpräsident sich damit – eventuell auch vor unangenehmen Fragen – drückt, halte ich für bedenklich. Ich erwarte, dass ein Regierungschef sich im Regionalfernsehen am Tage über die Abstimmung eines Reformvorhabens seiner Landesregierung den Fragen stellt. Dabei hätte er das Ergebnis doch lächelnd auskosten können. War er da vielleicht doch nervös, dass es hätte anders ausgehen können? Die Mitteilung durch den Regierungssprecher „der Chef ist im Urlaub“ hat mich erstaunt. Frei nach dem Motto: Macht doch, was ihr wollt. Das Quorum ist so hoch, mich juckt das nicht. Ein bisschen mehr Respekt vor Wählern und Initiatoren eines Volksentscheides im Lande wäre angemessen. Nicht nur weil es der erste Volksentscheid in der Geschichte des Landes war.

Felix Pankok



Abgeordnete aus M-V in Rostock dabei: v.l. Julian Barlen, Silke Gajek, Detlef Müller, Sylvia Bretschneider, Dr. André Brie, Sonja Steffen (MdB), Wolfgang Waldmüller, Peter Stein (MdB), Bodo Bahr (Landtagsverwaltung). Auf dem Foto fehlen: Jochen Schulte, Dietmar Eifler, Jörg Heydorn (alle MdL), Frank Junge (MdB).

„A Role Model for Innovation in Social- and Healthcare“

24. Ostseeparlamentarierkonferenz tagte in Rostock

Fotos: Jens Büttner



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider eröffnete die Konferenz.

Demografischer Wandel, klamme öffentliche Kassen, steigende Kosten für Gesundheit und Soziales – Probleme, die nicht an Ländergrenzen und auch nicht an den Küsten der Ostsee Halt machen. Deshalb stand die Jahreskonferenz der Ostseeparlamentarier diesmal unter der Überschrift „Ostseeregion – Modellregion für Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen“. Vom 30. August bis 1. September diskutierten rund 180 Parlamentarier sowie BSPC-Beobachter und weitere Gäste miteinander, tauschten Erfahrungen aus und suchten nach gemeinsamen Lösungen über Ländergrenzen hinweg. Die Tagung wurde von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider geleitet, deren Mandat als Vorsitzende der BSPC mit diesem Treffen endete. Nunmehr führt Lettland den Vorsitz und wird die Jahreskonferenz 2016 in Riga ausrichten.



EU-Kommissar Günther Oettinger sprach zu eHealth, zur Kooperation im Gesundheitswesen und zur Datensicherheit bei den digitalen Aspekten der Gesundheitsversorgung.

Die Gesundheitssysteme in der Ostseeregion seien zwar unterschiedlich organisiert, sagte Sylvia Bretschneider in ihrer Eröffnungsrede. Aber gerade dies gebe den Parlamentariern die Möglichkeit, von den jeweiligen Stärken und Erfahrungen anderer Systeme zu lernen. „I am sure: We can learn from each other“, so Bretschneider wörtlich. „Each of our systems has its specific advantages. Let us identify them and let us combine them.“

Um mit ihren Forderungen Gehör zu finden, sei es für die Parlamente wichtig, sehr eng mit den Regierungen zusammenzuarbeiten, betonte die Präsidentin. Deshalb begrüße sie die Gesundheitsminister Litauens und Russlands, den früheren schwedischen Gesundheitsminister sowie den Parlamentarischen Staatssekretär des deutschen Gesundheitsministers ausdrücklich als Gäste der Konferenz.



An der BSPC-Konferenz nahmen rund 180 Parlamentarier und Gäste aus der Ostsee-Region teil.

Fotos: Jens Büttner

Zum Schluss ihres Grußwortes verlieh Sylvia Bretschneider ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Arbeit auf diesem wichtigen Gebiet nicht nach der Konferenz enden möge. Vielmehr müssten die Beratungen und Beschlüsse der Start sein für tiefer greifende und konkretere Kooperationen auf diesem Feld, „das so bedeutsam für alle Menschen in unseren Ländern ist“.

In verschiedenen Sitzungsabschnitten befassten sich die Abgeordneten mit der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, der Gesundheitswirtschaft, der Nachhaltigkeit des Gesundheits- und Sozialwesens sowie – entsprechend der Ausrichtung einer BSPC-Arbeitsgruppe zum selben Thema – mit Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen. Dabei spielte auch das aktuelle Flüchtlingsproblem eine Rolle. Die Parlamentarier erklärten sich ausdrücklich solidarisch mit den Flüchtlingen und forderten – auch mit Blick auf das Konferenzthema – von ihren Regierungen die würdevolle

Weltkriegsgedenken

Besonders bewegend für die Delegationen aus dem gesamten Ostseeraum, einschließlich Russland, Norwegen und Island, war die Rede von Sylvia Bretschneider zum Gedenken an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939. „76 Jahre nach Anzettelung des Zweiten Weltkrieges durch die deutschen Nationalsozialisten und 70 Jahre nach dessen Ende sehen wir alle uns immer noch und deutlicher als je zuvor mit der gesellschaftlichen Herausforderung konfrontiert, das Wissen über die nationalsozialistischen deutschen Verbrechen wach zu halten, daraus zu lernen und vor allem unser politisches und gesellschaftliches Handeln danach auszurichten“, sagte Bretschneider. „Jedes Unrecht, jede gewaltsame Auseinandersetzung muss für uns solch eine Herausforderung sein.“



Der Akkordeon-Virtuose Martynas Levickis und das Streichquartett „SinChronic“ aus Litauen begeisterten im Rahmenprogramm der Konferenz.

Behandlung der Flüchtlinge, insbesondere in Bezug auf Unterbringung und Gesundheitsversorgung.

Zum Abschluss der Konferenz wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich die Delegierten mit konkreten Handlungsempfehlungen an die Regierungen der Ostseeanrainer wenden. Außerdem setzte die Konferenz eine Arbeitsgruppe zum nachhaltigen Tourismus ein und übertrug den Vorsitz an Sylvia Bretschneider. Diese Arbeitsgruppe soll ihren Abschlussbericht mit konkreten Forderungen und Handlungsempfehlungen bei der BSPC-Jahreskonferenz 2017 vorstellen, die auf Einladung von Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit in Hamburg stattfinden wird.

Tipp



Einen ausführlichen Bericht, die Resolution sowie ein Video zur Konferenz finden Sie auf unserer Internet-Seite www.youtube.com/user/MVLandtag

Null Toleranz bei Gewalt gegen Polizisten

Abgeordnete im Grundsatz einig, bei der Suche nach Lösungen aber uneins

„2011 gab es 48.752 Straftaten gegen Polizeibeamte, 2014 waren es bereits 55.738. Das ist eine Zahl, die uns nachdenklich werden lassen sollte“, sagte Vincent Kokert (CDU) zur Begründung, weshalb seine Fraktion Gewaltausbrüche gegen Polizeikräfte am 1. Juli zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht hatte. Dass es für derartige Übergriffe „null Toleranz“ geben dürfe, darin waren sich alle Fraktionen einig. Unterschiede offenbarten sich jedoch in den Ansichten darüber, wie sich Gewalt gegen Polizisten am besten verhindern lasse. SPD, Linke und Grüne unterstellten den Christdemokraten außerdem, dass es ihnen bei der Diskussion im Grunde um ein ganz anderes Thema gehe: für eine Bundesratsinitiative aus Hessen zu werben, die vorsieht, das Strafmaß bei Gewalt gegen Polizisten zu erhöhen.

Fotos: Uwe Baleski



Vincent Kokert (CDU)

„Die Haltung, die solchen Taten zugrunde liegt, ist immer dieselbe: Es geht um Missachtung und Ablehnung gegenüber unserem Staat und Gemeinwesen“, sagte **Vincent Kokert**, Vorsitzender der CDU-Fraktion. „Dabei hat die Gesinnung der Straftäter eine erstaunliche Bandbreite: Linksextreme, Rechtsextreme, religiöse Fanatiker mit und ohne Migrationshintergrund.“ Ihre Übergriffe seien selten spontan, sondern fast schon „paramilitärisch“ vorbereitet. Doch nicht nur bei Großereignissen wie Fußballspielen, Demonstrationen und Castortransporten seien Polizisten gefährdet, sondern auch bei „ganz normalen Einsätzen“: „Familienstreitigkeiten und Alkohol – das sind die Zutaten, die den Job eines Polizeibeamten oft so gefährlich machen.“ Seine Fraktion bezweifle, dass der Straftatbestand „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ noch ausreichend sei, um Polizisten hinreichend zu schützen. „Ein eigener Straftatbestand, der ausdrücklich den Angriff auf Polizeibeamte hart sanktioniert, würde deutlich machen, dass solche Angriffe auf den Staat nicht länger toleriert werden.“ Eine klare Absage erteilte Kokert der Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte.

„Für meine Fraktion sind friedliche Proteste oder Demonstrationen legitime und nötige Mittel der politischen Auseinandersetzung. Gewalt hingegen nicht“, betonte **Peter Ritter** (DIE LINKE). „Wer Steine oder Flaschen aus einer Linken-Demo auf Polizisten wirft, ist kein Linker, sondern begeht eine Straftat, die geahndet werden muss.“ Für ihn wäre damit „eigentlich alles gesagt“, wäre der eigentliche Hintergrund der aktuellen Stunde nicht die Diskussion um die Ausweitung des Schutzparagrafen 112 im Strafgesetzbuch. Der Linkspolitiker begrüßte, dass die von Hessen geforderte Ver-



Peter Ritter (DIE LINKE)

schärfung des Strafrechts für Angriffe gegen Polizisten in der Innenministerkonferenz keine Mehrheit gefunden hat. Alles andere wäre „reine Symbolpolitik“ gewesen. „Es gibt bereits einen Strafraum für Körperverletzung. Diesen auszunutzen, ist Sache der Gerichte.“ Aus „rechtsstaatlichen Gründen“ sei es seiner Fraktion dagegen wichtig, für Polizisten eine individuelle, gegebenenfalls auch anonymisierte Kennzeichnungspflicht einzuführen. Abschließend warb Ritter dafür, das Thema Gewalt nicht dazu zu benutzen, „legitimen politischen Protest zu delegitimieren“: „Meine Fraktion wird auch weiterhin zu gewaltfreien Demonstrationen und Sitzblockaden aufrufen.“



Innenminister Lorenz Caffier

„Polizisten sind das Rückgrat aller staatlichen Exekutivgewalt“, betonte Innenminister **Lorenz Caffier**. Wer so viel Verantwortung trage, benötige vom Staat besondere Fürsorge. „Polizisten verdienen nicht nur warme Worte, sondern volle Unterstützung. Dazu gehöre eine angemessene Perso-

nalausstattung, eine moderne Ausrüstung und Ausbildung sowie politischer Rückhalt.“ Die Entwicklung sei besorgniserregend. „Ob bei Demonstrationen, Verkehrskontrollen oder Fußballspielen: Polizisten sehen sich oft unvermittelt mit Aggressionen und Gewalt konfrontiert.“ Das wirke sich auch auf deren psychische Belastung aus. Caffier bedauerte, dass die Innenministerkonferenz keine einheitliche Meinung zum Paragrafen über den „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ gefunden hat. Er kündigte an, bei seinen SPD-Kollegen nun „mit langem Atem“ dafür zu werben, „dass die Verschärfung des Strafrechts zum Schutz der Polizisten der richtige Weg ist“. Für falsch hält er indessen Forderungen nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizisten. „Inwiefern das dazu führen soll, dass es in Zukunft weniger Übergriffe auf Polizisten gibt, ist für mich nicht logisch.“



Dr. Norbert Nieszery (SPD)

„Gewalt gegen Polizeibeamte und andere Staatsbedienstete ist nichts anderes als eine Kampfansage an unseren Rechtsstaat“, machte **Dr. Norbert Nieszery** (SPD) deutlich. Darauf müsse mit „aller rechtsstaatlich gebotenen Härte“ reagiert werden. Den Ansatz der Christdemokraten, das Strafmaß zu erhöhen, findet er jedoch „oberflächlich“. Damit ließen sich allenfalls Symptome bekämpfen, aber keine Ursachen. „Ich darf in Erinnerung rufen, dass auch die letzte Erhöhung der Strafandrohung im Jahr 2011 nicht den erhofften Erfolg gebracht hat. Die Zahl der Straftaten ist trotzdem gestiegen.“ Seine Fraktion hält es für „sehr viel erfolgversprechender“, die Täter schneller zu verurteilen und konsequent zu bestrafen. „Sie müssen unverzüglich erfahren, dass der demokratische Rechtsstaat sich wehren kann.“ Bezeichnend sei, dass „immer mehr Menschen unseres Wohlstandsstaats die Achtung vor unserem demokratischen Rechtsstaat allein davon abhängig zu machen scheinen, ob dieser das persönliche Interesse Einzelner erfüllt oder nicht“. Die Politik stehe deshalb vor der wichtigen und schwierigen Aufgabe, „die Menschen wieder zurückzuführen in eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft“.

„Null Toleranz bei Gewalt gegen Polizeibeamte“ – das Motto der Aktuellen Stunde könne auch seine Fraktion „ohne Wenn und Aber“ unterschreiben, sagte **Tino Müller** (NPD). Es mache aber Sinn, sich vor Augen zu führen, wer das Thema auf die Tagesordnung gesetzt habe. „Es ist die CDU, die derzeit den Innenminister stellt.“ Dieser habe erst ein paar Wochen zuvor auf NPD-Anfrage eingeräumt, dass Polizisten bei Schmerzensgeldforderungen leer ausgingen, wenn die



Tino Müller (NPD)

Täter nicht zahlen können. Hier gelte es anzusetzen. Polizisten bekämen bei „Demonstrationen national eingestellter Bürger“ hautnah mit, dass für „Gewaltattacken ausschließlich linksautonome Banden“ verantwortlich seien, betonte Müller. Nach Ansicht seiner Fraktion hat Deutschland „ein handfestes Linksextremismusproblem“. „Mittlerweile drohen Linksextremisten Beamten sogar, sie bis in ihre Privatsphäre zu verfolgen.“ Er forderte die Änderung des Landesmeldegesetzes, um die Polizisten bei Meldebehörden unter eine generelle Auskunftssperre zu stellen. Hier und bei den Schmerzensgeldforderungen müsse man ansetzen, „anstatt sich hier hinzustellen und Sonntagsreden zu halten“.



Johannes Saalfeld (B' 90/DIE GRÜNEN)

Grundsätzlich seien sich die demokratische Fraktionen bei dem Thema der Aktuellen Stunde einig, sagte **Johannes Saalfeld** (B' 90/DIE GRÜNEN). „Selbstverständlich darf es keine Toleranz bei Gewalt gegen Polizisten geben. Genauso wie es keine stillschweigende Billigung von Gewalt gegen Frauen, Flüchtlinge, Homosexuelle oder sonst irgendeine Personengruppe geben darf“, betonte er. Es bleibe allerdings der „faden Beigeschmack“, dass sich die CDU mit dem Thema profilieren wolle. „Wirksame Konzepte sind Sie uns heute schuldig geblieben. Ich nenne das politische Schaumschlägerei.“ Im Mittelpunkt aller politischen Bemühungen müsse stehen, die Fallzahlen zu reduzieren, Polizisten besser auf ihre Einsätze vorzubereiten und die Aufklärungsquote zu steigern. „Wenn die Täter nicht gefunden werden, hilft auch das höchste Strafmaß der Welt nicht.“ Sein Vorschlag: „Die demokratischen Fraktionen beschäftigen sich im Innenausschuss weiter mit der Thematik und setzen sich systematisch mit den konkreten Wünschen und Vorschlägen der Polizei auseinander.“

Ist M-V in guter Verfassung?

Landtag debattiert über Antwort zur Großen Anfrage der Linken



In welcher Verfassung befindet sich Mecklenburg-Vorpommern 20 Jahre nach In-Kraft-Treten der Landesverfassung? Darüber hat der Landtag am 2. Juli debattiert. Grundlage für die Aussprache war die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Linken. Darin hatte die Fraktion im Januar 2014 rund 400 Fragen gestellt. Aus Sicht der Linken hat sich die Regierung auf den mehr als 550 Antwort-Seiten „ein schlechtes Zeugnis ausgestellt“. Dieses Resümee von Fraktionschef Helmut Holter blieb in der langen und lebhaft geführten Debatte nicht unwidersprochen.

„Grundsätzlich können wir feststellen, dass sich unsere Verfassung bewährt hat“, so **Helmut Holter** (DIE LINKE). „Aber da wo Licht ist, da ist auch Schatten. Die Schere zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit klafft weit auseinander.“ So sei man von gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Teilen des Landes noch weit entfernt. Insbesondere bezogen auf Arbeitslosigkeit, Einkommen, Krankheit und Armut bestünde „ein deutliches Gefälle zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen“. In Sachen Bildungspolitik sei Mecklenburg-Vorpommern „das Schlusslicht in der Bundesrepublik“. Aus Sicht der Linken braucht das Land ein Zukunftsprogramm für regionale Entwicklung und ein Regionalbudget, das Kommunen Investitionen in soziale und technische Infrastruktur ermöglicht. Insgesamt betrachtet, zeigte sich der Linkspolitiker wenig zufrieden mit den Antworten auf die Große Anfrage: „Sie waren oft wenig konkret, sehr dürftig oder geprägt von Ausflüchten. Einige Fragen wurden gar nicht beantwortet, zum Beispiel die nach der Zahl der Kinder, die in Armut leben.“ Insgesamt stelle sich die Landesregierung mit ihren Antworten das Zeugnis aus, den in Teilen des Landes herrschenden massiven Problemen hilflos und ohne Plan gegenüberzustehen.

„20 Jahre Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern – da lassen Sie uns ruhig einmal kurz innehalten“, sagte **Uta-Maria Kuder**. Die Justizministerin erinnerte daran, dass der 20-köpfigen Verfassungskommission damals im Interesse einer möglichst breiten Willensbildung neben elf Abgeordneten auch die Bürgerbewegungen, die Partei DIE GRÜNEN und externe Sachverständige angehörten. „Damit unterschied sie sich von denen anderer neuer Bundesländer, die überwiegend als reine Parlamentskommissionen gebildet wurden.“ Für sie spiegelt sich in der Verfassung „in besonderem Maße“ der Wunsch nach „freiheitlicher Verfassungsstaatlichkeit“ wider. So seien Bürgerbewegungen darin

ebenso explizit erwähnt wie das Recht auf Umweltinformationen und Petitionen. „Dass es in 20 Jahren erst vier Änderungsgesetze gegeben hat, belegt, dass der Gesetzgeber mit der Landesverfassung nicht leichtfertig umgegangen ist.“ Die Ministerin zeigte sich zuversichtlich, dass auch künftige Änderungen „nicht mit heißer Nadel“ gestrickt würden, sondern „mit Bedacht und ruhiger Hand“ geschehen.

Heinz Müller (SPD) erinnerte daran, dass die damalige Fraktion Linke Liste/PDS die Verfassung im Landtag abgelehnt und die Menschen beim Volksentscheid zur Ablehnung aufgerufen hat. Deshalb hätte die Große Anfrage der Linken „ein Geschmäcke“. „Vom Neinsager zum Kontrolleur – das ist ein interessanter Weg.“ Aus Sicht des SPD-Politikers wurde in den vergangenen 20 Jahren in M-V „sehr, sehr viel, sehr, sehr erfolgreich gestaltet“. Das Bruttoinlandsprodukt habe sich fast verdoppelt, Einkommensverhältnisse hätten sich verbessert, die Arbeitslosenquote sei um mehr als die Hälfte gesunken, und die Nettokreditaufnahme liege seit 2006 bei Null, zählte er beispielhaft auf. „Ich glaube, niemand sagt, alle Probleme sind gelöst. Aber es sollte auch niemand sagen, wir bestehen nur noch aus Problemen.“ Unterm Strich sei die Entwicklung der vergangenen 20 Jahre „eine Erfolgsgeschichte“.

Jürgen Suhr, Fraktionsvorsitzender der Grünen, räumte ein, dass „dieses Land, was bestimmte Belange angeht, in einer guten Verfassung ist“. Gleichwohl nannte er die Große Anfrage der Linken für eine „ausgesprochen sinnvolle politische Initiative“. Für ihn enthalten die Antworten der Landesregierung „eine ganze Reihe von Daten und Fakten, mit denen wir durchaus etwas anfangen können“. Eine der größten Herausforderungen sei, „die Menschen in unserem Bundesland in deutlich umfassenderem Maße in demokratische Prozesse einzubinden“. Dazu gehöre für ihn auch „mehr Mut zu direktdemokratischen Entscheidungen“. Das erfolgreiche Volksbegehren zur Gerichtsstrukturereform und die laufenden Bürgerbegehren seien Zeichen dafür, dass die Menschen sich einmischen wollen. „Ein wichtiger Schritt wäre auch, noch mal über das Wahlalter von 16 Jahren für Landtags- und Bundestagswahlen nachzudenken.“

„In der Opposition ist es immer üblich, Große Anfragen zu stellen vor Wahlen“, kommentierte Wirtschaftsminister **Harry Glawe**. Das habe die CDU gemacht, das hätten auch andere vorher gemacht. Das sei nicht das Entscheidende. Wichtig sei vielmehr, dass sich Mecklenburg-Vorpommern nach der Wende „einem tollen Aufholprozess“ gestellt habe. Wer heute gucke, könne die viel zitierten „blühenden Landschaften“ sehen, sofern er nicht „mit verbundenen Augen durchs Land“ fahre. Ernährungswirtschaft, verarbeitendes Gewerbe, Gesundheitssektor und Tourismus – all das sei „weitestgehend eine Erfolgsgeschichte für M-V“. Er erinnerte daran, dass die Linken 1994 gegen die A 20 in den Wahlkampf gezogen seien. „Und heute fordern Sie in besonderer Weise Hilfe für Vorpommern ein mit 50 Millionen Euro.“ Der Minister betonte, dass in den vergangenen Jahren 400 Millionen Euro in 182 Unternehmen in Vorpommern geflossen seien. „Ich glaube schon, dass sich die Landesregierung damit sehen lassen kann.“

■ Bildungsminister **Mathias Brodkorb** ließ den pauschalen Vorwurf, Mecklenburg-Vorpommern habe das bundesweit schlechteste Schulsystem, so nicht gelten. „Es gibt keine wissenschaftlichen Befunde, die solch eine Schlussfolgerung rechtfertigen.“ An den Klassengrößen, den Lehrerentgelten und dem Leistungsniveau könne es jedenfalls nicht liegen. In diesen Bereichen liege M-V im bundesweiten Vergleich vorn oder im Mittelfeld. Einen Grund für die bundesweit höchste Durchfallquote beim Abitur sieht der Minister in den unterschiedlichen Abschluss-Standards der Länder. „In Bayern, Hessen und Niedersachsen können Sie mit einer Sechs auf dem Zeugnis in Mathematik die Berufsreife erwerben. Das geht in M-V nicht mehr.“ Hinzu käme, dass heute viel mehr leistungsschwächere Schüler aufs Gymnasium gingen als noch vor zehn Jahren. Folglich sei es auch wahrscheinlich, dass mehr Schüler durchfallen. „Das ließe sich nur verhindern, indem man das Niveau bei der Abiturprüfung absenkt. Aber dafür stehen wir nicht zur Verfügung.“

■ Für **Michael Andrejewski** (NPD) ist die Landesverfassung „eine unglückliche Mischung aus Grundgesetz, Werbroschüre und Wunschzettel“. Ob die Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau, der Schutz von Kindern, Jugendlichen, alten Menschen oder Menschen mit Behinderungen – damit werde „überflüssigerweise wiedergekaut“, was bereits im Grundgesetz stehe. „Es ist auch nicht erforderlich, Selbstverständlichkeiten von sich zu geben“, sagte er mit Verweis auf Artikel 17, in dem das Land zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitrage. „Was hat der Erwerbslose von diesem Artikel in der Landesverfassung? Gar nichts.“ Seiner Auffassung nach braucht Mecklenburg-Vorpommern keine eigene Landesverfassung. „Das Grundgesetz reicht.“

■ „Ich habe beim Lesen des Tagesordnungspunktes überlegt, wo die erkennbare Botschaft ist“, sagte **Andreas Texter** (CDU). „Ich glaube, der Fraktion DIE LINKE war bei der Einreichung der Großen Anfrage selbst nicht so ganz klar, in welche Richtung sie zielen wollte.“ In seiner Wahrnehmung wollte sie vor allem auf eines hinaus: „Der östliche Landesteil ist abgehängt.“ Das lasse sich so jedoch nicht halten. „Beide Teile haben Stärken und Schwächen.“ Die Schuld dafür der Landesregierung zu geben, sei nicht angebracht. „In jedem Bundesland gibt es wirtschaftlich stärkere und schwächere Gebiete.“ Eine „mutwillige Vernachlässigung des Ostens“ könne er jedenfalls nicht erkennen – auch wenn „die Landesregierung im östlichen Landesteil an der ein oder anderen Stelle durchaus etwas mehr Engagement zeigen könnte“, zum Beispiel bei Förderungen zum Erhalt des kulturellen Erbes.

■ **Barbara Borchardt** (DIE LINKE) zeigte sich „sehr enttäuscht“ von der Rede der Justizministerin, die lediglich ein „historischer Ablauf zur Landesverfassung“ gewesen sei. „Damit kritisiere ich nicht den Redebeitrag, sondern die Bewertung der Landesregierung zu diesem Tagesordnungspunkt.“ Zudem sei es keineswegs so, dass hier nur Kritik an der Landesregierung dargestellt würde. „Ich weiß nicht, was Sie für ein Selbstverständnis haben. Landesgesetzgeber ist

der Landtag. Also die Hauptverantwortung für die Entwicklung des Landes tragen wir gemeinsam.“

■ Grünen-Politikerin **Ulrike Berger** wollte die Zahlen, die Bildungsminister Mathias Brodkorb in die Debatte eingebracht hat, nicht unkommentiert stehen lassen. Neun Prozent Schulabbrecher, 35 Prozent Studienabbrecher im Landesdurchschnitt – „das sind Zahlen, mit denen wir uns nicht zufriedengeben können“. Ursachen seien zu geringe Bildungsfinanzen, fehlende individuelle Förderung und fehlende Inklusion. „Vielleicht auch lange Schulwege“, verbunden mit zu frühem Aufstehen und mangelnder Konzentration. „In jedem Fall gibt es viel zu tun für unser Land.“

■ **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) griff in ihrer Rede ebenfalls das Thema Bildung auf. „Wir dürfen uns hier nicht nur an irgendwelchen Zahlen und Fakten aufhalten, sondern hauptsächlich an Inhalten.“ Sie verwies unter anderem auf „die schlechteste Schüler-Lehrer-Relation“ und die „geringsten finanziellen Mittel“ an beruflichen Schulen und auf Bewertungsmaßstäbe, die es schwächeren Schülern in M-V leicht machten, versetzt zu werden. „Das muss inhaltlich geändert werden.“

■ **Vincent Kokert** (CDU) schätzte die lebhafte Debatte als „Teil einer gelebten parlamentarischen Demokratie“. Den „Generalangriff“ der Linken auf die Landesregierung hielt er jedoch für unangebracht. „Sie benennen zwei positive Sachen, und dann nennen Sie einen großen Abwasch von Punkten, die nach Ihrer Sicht eine völlige Katastrophe sind, so dass der Eindruck entsteht, M-V ist nur noch eine Wüsteninsel.“ Damit verkenne die Fraktion alles, was in den vergangenen 25 Jahren passiert sei. „Wir als Koalition sind stolz darauf, was die Menschen und wir gemeinschaftlich in den letzten 25 Jahren in diesem Land geschafft haben, und lassen uns das von Ihnen auch nicht kleinreden.“

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Antwort der Landesregierung Drucksache 6/3870

Foto: Jens Büttner



Bildungsminister Mathias Brodkorb ließ den Vorwurf der Opposition, Mecklenburg-Vorpommern habe das bundesweit schlechteste Schulsystem, nicht gelten.

Hochschulen können planen

Der Landtag stimmte den Eckwerten der nächsten fünf Jahre zu

Alle fünf Jahre wird die Hochschulentwicklungsplanung in M-V fortgeschrieben. Am 2. Juli hat die Landesregierung dem Landtag die Eckwerte für die Jahre 2016 bis 2020 vorgelegt. Sie bilden die Grundlage für konkrete Zielvereinbarungen zwischen den Hochschulen und dem Bildungsministerium. Während die Koalitionsfraktionen SPD und CDU die Eckwerte als gute Verhandlungsbasis betrachteten, blieben für die Linken und die Grünen noch viele Fragen offen.

Nach Ansicht von **Susann Wippermann** (SPD) sind die Hochschulen im Land „finanziell gut und auskömmlich ausgestattet.“ Der Hochschulfinanzkorridor werde von rund 350 Millionen Euro in 2016 auf 365 Millionen Euro in 2020 steigen. Hinzu kämen für diesen Zeitraum 660 Millionen Euro für Bauvorhaben. Das sei „eine verlässliche Grundlage für die weitere Entwicklung der Einrichtungen“. Sie betonte, dass sich die Landesregierung und die Hochschulen „einvernehmlich“ auf die künftigen Mittel geeinigt hätten. „Das betrachte ich als Ausdruck einer verlässlichen und zukunftsfesten Finanzpolitik unserer Landesregierung.“

Simone Oldenburg (DIE LINKE) rügte, dass die Landesregierung wie schon 2010 auch diesmal die Eckwerte verspätet vorlegt habe. „Und nun verlangt man von uns, sie schwuppdwupp durch den Landtag zu hieven.“ Für ihre Fraktion sei das inakzeptabel. Dafür gebe das Papier auf zu viele Fragen keine Antworten, zum Beispiel: Wie viele Bafög-Mittel sollen für welchen Zweck genutzt werden? Mit welchen Hochschulpaktmitteln könne M-V rechnen? Wie werde sich das Verhältnis von Uni-Personal und Studierenden künftig darstellen? Mit welchen Maßnahmen werde verhindert, dass weiterhin jeder dritte Studierende sein Studium abbreche? „Die hochschulpolitischen Eckwerte lassen sich nicht selbst erklärend nachlesen. Deshalb können sie so nicht beschlossen werden.“ Ihre Forderung, den Antrag in den Bildungsausschuss zu überweisen, wurde mit den Gegenstimmen von SPD und CDU abgelehnt.

Eckdaten Hochschulfinanzierung 2016 - 2020

Landes-Zuschüsse in Mio Euro	2016	2017	2018	2019	2020
Hochschulen	235,10	236,97	237,55	241,17	244,84
Universitätsmedizin	114,96	115,57	117,18	118,85	120,55
insgesamt	350,06	352,53	354,72	360,02	365,39

Quelle: Eckwerte der Hochschulentwicklung 2016-2020 Drucksache 6/4033



Foto: Jens Büttner

„Es ist richtig, dass die Eckpunkte ein Vierteljahr später dem Parlament vorliegen“, räumte **Egbert Liskow** (CDU) ein. „Das liegt aber nicht am Bildungsminister, sondern daran, dass die CDU-Fraktion darum gebeten hatte und es im Parlament entsprechend beschlossen wurde.“ Hintergrund seien die Diskussionen um den Bericht des Landesrechnungshofs zur Finanzausstattung der Hochschulen und die Bafög-Millionen gewesen. Man habe den Hochschulen die Möglichkeit geben wollen, das in ihre Planungen mit einzubeziehen. „Meine Fraktion ist sich sicher, dass die Eckwerte dem entsprechen, was wir für die nächsten fünf Jahre für unsere Hochschulen brauchen.“

Für **Johannes Saalfeld** (B' 90/DIE GRÜNEN) sind die Hochschulfinanzen „chaotisch aufgestellt“ und „nicht transparent und nachvollziehbar“. So stimme etwa der Textteil der Unterrichtung nicht mit dem tabellarischen Teil überein. Zwischen beiden seien 17 Millionen Euro auf der Strecke geblieben. „Die Lehrerbedarfsprognose liegt momentan ebenfalls nicht vor.“ Nicht nachvollziehbar sei zudem, „aus welcher Laune heraus“ Bildungsminister Mathias Brodkorb den Medizinern zusätzlich zu den Bafög-Millionen noch einmal fünf Millionen Euro versprochen habe. Genau wie die Linken halte auch seine Fraktion die Unterrichtung ohne den Weg über den Bildungsausschuss für „nicht beschlussreif“. Ihr Änderungsantrag, wonach an den Hochschulen ab 2017 kein weiteres Personal abgebaut werden soll, blieb ohne Mehrheit.

Mit welchen Hochschulpaktmitteln M-V genau rechnen könne, lasse sich jetzt noch nicht genau sagen, griff Bildungsminister **Mathias Brodkorb** die Kritik von Simone Oldenburg auf. „Das werden wir erst wissen, wenn wir im Jahr 2024 sind.“ Auch hätte der Bildungsausschuss jederzeit die Möglichkeit gehabt, nähere Informationen anzufordern – so, wie es auch der Finanzausschuss getan habe. Der Minister wies zudem darauf hin, dass die Lehrerbedarfsprognose „vom Datenkorsett her“ fertig sei und erst bei den konkreten Zielvereinbarungen eine Rolle spiele. Er widersprach dem Vorwurf der Grünen, zugunsten der Medizin anderen Hochschulen Geld streichen zu wollen. „Es sind immer diese Spekulationen und Verschwörungstheorien, die eine sachliche Debatte hier im Hause erschweren“, kritisierte er. Richtig sei, dass die Medizin künftig beim Hochschulpakt nicht mehr außen vor gelassen werde. Den Änderungsantrag der Grünen empfahl er abzu-

lehnen. Das Abbaukonzept gelte bis 2017. „Es ist selbstverständlich, dass es danach nicht fortgesetzt wird.“

Die **NPD-Fraktion** beteiligte sich nicht mit einem Redebeitrag an der Diskussion.

Nach der von Zwischenrufen und Zwischenfragen geprägten Debatte stimmte der Landtag den Eckwerten mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD zu. Die Grünen lehnten den Antrag ab. Die Linken enthielten sich.

Eckwerte der Hochschulentwicklung 2016-2020

Drucksache 6/4033

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/4104

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD

Drucksache 6/4152

Änderungsantrag B' 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4153

Keine Panik vor Wölfen

Landtag für Versachlichung der Debatte

Lange galt der Wolf in Deutschland als ausgestorben. Jetzt siedelt er sich wieder an. Auch in Mecklenburg-Vorpommern. Belegt sind derzeit je ein Rudel in der Lübbtheener und der Ueckermünder Heide. Hinzu kommen mindestens fünf Einzeltiere. Im vergangenen Jahr wurden neun Welpen geboren. Naturschützer jubeln über diese Entwicklung. Landwirte schlagen Alarm: Seit 2007 haben Wölfe in M-V 154 Tiere gerissen und 46 verletzt. Redner aller Fraktionen warben dafür, die Sorgen und Konflikte, die sich aus der Rückkehr des Wolfes ergäben, ernst zu nehmen, aber nicht zu instrumentalisieren, um Ängste zu schüren.

„Sachliche Aufklärung allein kann die Basis für eine breite Akzeptanz sein“, sagte **Beate Schlupp** (CDU), deren Fraktion die Debatte initiiert hatte. Der Schutz des Wolfes sei zu begrüßen. Wem die Wiederansiedlung jedoch wirtschaftlichen Schaden oder zusätzliche Kosten beschere, der erwarte zu Recht, „dass eine gesamtgesellschaftlich gewünschte Entwicklung nicht zulasten Einzelner geht“. Die Christdemokraten forderten deshalb unter anderem von der Landesregierung, die Ausweitung der Wolfsgebiete und – nach Erreichen einer entsprechenden Population – den Schutzstatus der Tiere zu prüfen. Eine generelle Gefahr für Menschen gehe von den Wölfen zwar nicht aus. Mit Blick auf Tiere, die sich Menschen ohne Scheu schon bis auf wenige Meter genähert hätten, sei es aber auch angebracht, eine Aufnahme ins Jagdrecht „nicht in Bausch und Bogen zu verdammen“.

„Man muss die Ängste und Sorgen der Menschen ernst nehmen, und genau das machen wir auch“, betonte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. „Wir haben mittlerweile mehr als 50 Wolfsmanager ausgebildet.“ Hinzu kämen

sieben Gutachter, die feststellen können, ob ein Tier tatsächlich von einem Wolf gerissen wurde. Der Minister stellte aber auch klar: Wer Nutztiere hält, muss sie entsprechend schützen. „In Wolfseinzugsgebieten fördern wir 75 Prozent der Investitionskosten.“ Bislang hätten Landwirte dafür 100.000 Euro abgerufen. Schutzmaßnahmen seien auch Voraussetzung, um im Schadensfall einen Ausgleich für gerissene Tiere zu erhalten. Eine Aufnahme der Tiere ins Jagdrecht lehnte der Minister einmal mehr ab. Ein Abschuss von „auffälligen Wölfen“ sei bereits über Ausnahmegenehmigungen möglich.

Foto: Jens Büttner



Deutschland habe den Wolf 1990 unter Schutz gestellt, um ihn wieder heimisch werden zu lassen. Das sei gelungen, so **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). „Nun müssen wir lernen, wieder mit ihm zu leben.“ Ihre Fraktion sehe in dem Antrag der CDU eine Möglichkeit, diesen Lernprozess zu fördern, und stimme ihm in nahezu allen Punkten zu. Mit Ausnahme einer möglichen Herabstufung des Schutzstatus. „Dafür sehen wir keinen Anlass.“ Fakt sei, dass sich die Wölfe weiter ausbreiten werden. „Mecklenburg-Vorpommern wird aber nicht die Heimat von Tausenden Tieren werden. Für mehr als 1.000 bis 1.500 haben wir schlichtweg keinen Platz.“ Das größte Problem der Schäfer sei zudem nicht der Wolf an sich. „Sie beklagen den zeitlichen und bürokratischen Aufwand bei Förderanträgen oder im Schadensfall.“

Jörg Heydorn (SPD) lobte die „sehr schnelle und sehr unkomplizierte Entschädigung von Wolfsrissen“. Wölfe ins Jagdrecht zu überführen, hält er für unnötig. „Sie sind durch das Naturschutzrecht derart geschützt, dass man darüber nicht nachdenken muss.“ Der SPD-Politiker regte an, bei Entschädigungen den Fokus aber nicht nur auf Wölfe zu legen. Mecklenburg-Vorpommern sei eine Region mit besonderen Naturräumen, in denen sich auch Biber, Kormorane, Fischotter und Schwarzstörche konzentrieren. Für Schäden, die durch sie verursacht würden, gebe es „keinen Cent“. „Meines Erachtens müsste man auf Bundesebene darüber diskutieren, ob da nicht eine Form von Ausgleich stattfinden muss, dass wir solche Arten bei uns erhalten.“

Dr. Ursula Karlowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßte das Ansinnen der CDU, die Wolfsdebatte zu versachlichen. Einerseits die Wiederansiedlung des Wolfes im Antrag zu begrüßen, andererseits an gleicher Stelle den Schutzstatus der Tiere auf den Prüfstand stellen zu wollen, stehe jedoch „im krassen Widerspruch“ zueinander. „Dass die Zahl der Wölfe derzeit stark anwächst, ist die Folge davon, dass sich die Tiere momentan ansiedeln. Mit der Zeit wird die Zuwachskurve aller Voraussicht nach wieder abflachen und in ein gleichbleibendes Niveau übergehen.“ Die Grünen-Politikerin forderte mehr Öffentlichkeitsarbeit, um zu verhindern, dass Wölfe aus falsch verstandener Tierliebe aufgezogen oder angefüttert werden und so ihre Scheu vor Menschen

verlieren. „Das Anfüttern ist die Kehrseite derselben Medaille, bei der auf der anderen Seite steht: Panik. Diese Medaille heißt Unwissenheit und Naturferne.“

Stefan Köster (NPD) warf der CDU vor, mit ihrem Antrag den „zweiten vor dem ersten Schritt“ zu machen. Statt den Landtag eine Feststellung treffen zu lassen, sollte erst einmal geprüft werden, „ob die Wiederansiedlung des Wolfes Fluch oder Segen bedeutet“. Er sprach sich für eine „vorurteilsfreie Untersuchung“ von Erfahrungen im Zusammenleben von Mensch und Wolf, Gefahrenpotenzialen und Kosten für Beobachtung und Entschädigung aus. „Doch um eine sachliche Abwägung der Positionen durchführen zu können, braucht es erst einmal die Offenheit beider Diskussionsgruppen. Hier stehen sich teilweise lupenreine Dogmatiker gegenüber.“ Am Ende der kontroversen Debatte am 1. Juli stimmte der Landtag dem Antrag bei Gegenstimmen der NPD sowie bei Punkt 3 des Antrags auch der Grünen mehrheitlich zu.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/4103

Gefährliches Kriegserbe

Grüne fordern besseren Umgang mit Munitionsaltlasten in der Ostsee

70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges liegen in der Ostsee noch immer unzählige Tonnen Munition. „Die Metallbehälter rosten nach und nach, und die Freisetzung von Umweltgiften wird weiter zunehmen“, befürchtet Dr. Ursula Karlowski von den Grünen. Eine Gefahr lauere auch am Strand, wie jüngste Munitionsfunde in Rerik und Boltenhagen zeigten. Ihre Fraktion forderte deshalb von der Landesregierung unter anderem gezielte Erkundungen darüber, wo und in welchen Mengen Waffen und Munitionen vorkommen, sowie bei Strandaufspülungen kein munitionsbelastetes Material zu verwenden. Der Antrag wurde abgelehnt.

„Das Problem der Munitionsaltlasten in der Ostsee ist bekannt, und doch wird es nur zu gerne und zu oft verdrängt“, kritisierte Dr. Ursula Karlowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Wie könne es sein, dass aus dem Trollegrund, einem bekanntermaßen munitionsbelasteten Gebiet, Sand für Strandaufspülungen in Rerik und Boltenhagen verwendet worden sei? „Das haut dem Fass den Boden aus“ und widerspreche dem Regelwerk Küstenschutz M-V. Die Grünen-Abgeordnete appellierte an Umweltminister Backhaus, „den groben Fehler einfach mal zuzugeben“, anstatt das Vorgehen immer wieder zu verteidigen.

„Der Antrag hat ein bisschen was von Panikmache und Aktionismus. „Typisch grün eben“, sagte Innenminister **Lorenz Caffier** und betonte, dass die zuständigen Behörden schon seit langem Informationen zur Kampfmittelbelastung des

Foto: Jens Büttner



In der Ostsee lagern immer noch unzählige Tonnen Munition.

Landes in einem Kataster zusammentragen würden. Die Gefahr, dass freigesetzte Kampfstoffe in die Nahrungskette gelangen, bestünde allenfalls theoretisch: Abseits ihrer unmittelbaren Quelle seien diese Stoffe „gar nicht messbar“. Folglich würde das geforderte Monitoring auch keine „sinnvollen Ergebnisse“ erzielen und bliebe allenfalls „eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für den Grünen nahestehende Umweltinstitute“. Um die Küsten des Landes zu schützen, seien jedes Jahr 500.000 Kubikmeter Sand erforderlich. „Das entspricht in etwa 40.000 Lkw-Ladungen.“ Diese Mengen könnten nicht allein an Land gewonnen werden. „Sandentnahmen aus der Ostsee sind unumgänglich“, betonte Caffier, kündigte jedoch an, die Munitionsabtrennung künftig besser zu kontrollieren.

Das Verfahren auf den Prüfstand zu stellen, mit dem aufzuspülender Sand nach Altlasten untersucht wird, hält **Heinz Müller** (SPD) nach den Funden in Rerik und Boltenhagen für richtig – auch, wenn es bislang als sicher gegolten habe. „Wir haben ein Problem, dem wir uns stellen müssen.“ Er betonte, wie wichtig die Arbeit des Munitionsbergungsdienstes sei. „Er leistet eine stille, aber sehr effektive und gute Arbeit. Er beseitigt nicht nur aktuell auftretende Munitionsfunde. Er arbeitet auch vorbeugend, erarbeitet Kataster und erfasst die problematischen Stellen.“ Über allem stehe das Ziel, unbeschwert an Stränden baden zu können. „Der Antrag der Grünen hilft dazu nicht. Deshalb werden wir ihn ablehnen.“ Ihrer Fraktion falle der Umgang mit dem Antrag nicht leicht, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Einerseits teile sie dessen Anliegen und erwarte von der Landesregierung „mehr Engagement in Sachen Altmunition im Küstenmeer“. Andererseits dürfe die Regierung nicht allein für alle notwendigen Schritte verantwortlich gemacht werden. „Gemeinsam mit den anderen Küstenländern sollte der Bund zu mehr Verantwortung gezwungen werden.“ Bislang sei es so, dass er lediglich die Bergung und Vernichtung von Altmunition finanziere, die eindeutig dem damaligen deutschen Reich zugeordnet werden könne. „Was von den Alliierten verklappt worden ist oder im Laufe von Manövern nach dem Krieg über Bord ging, interessiert den Bund nicht. Diese Regelung ist für mich absurd.“

Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD, hält die Forderung der Grünen für „komplett falsch“, aus munitionsbelasteten Gebieten keinen Sand zu entnehmen. „Es ist gerade wichtig, dort abzubauen“, sagte er. Erstens würde der Sand sicher entfernt und zweitens „der Rohstoff gleich dorthin verbracht, wo er benötigt wird“. „Das ist auch eine Frage der Kosten und der nahen Wege.“ Der Auffassung der Grünen, dass von den 65.000 Tonnen chemischer Munition eine Gefahr für den Menschen ausgehe, widersprach er. Dafür sei die Verdünnung durch das Wasser zu groß. Für seine Fraktion enthalte der Antrag „nur populistische Punkte“ und „null Substanz“. Deshalb könne sie ihm auch nicht zustimmen. Vor dem Hintergrund, dass die Probleme in Rerik und Boltenhagen inzwischen beseitigt seien, verglich **Wolf-Dieter Ringguth** (CDU) den Antrag der Grünen mit einem „Kamel, das gerade das Gras, das darüber gewachsen ist, abgrast“. Kritisch blickte er auch auf die Bilder zur Medienberichterstattung über die Munitionsfunde zurück: „Die schönsten Tage im Jahr, Urlaub, Sonnenschein, Unbeschwertheit – und dann die Munitionsreste, Gefahr, Tod, Untergang; das alles in einem Foto“. Diese „schlechte Spannung“ sei nicht gut für den harten Wettbewerb, in dem sich die Urlaubsregionen befänden. „Wir werden uns damit abfinden müssen, dass es aufgrund der jüngeren deutschen Geschichte auch weiterhin zu Munitionsfunden kommen wird“, stellte er klar. Den Umgang des Innenministeriums in M-V mit der Kampfmittelbeseitigung nannte er „beispielhaft“. Das mache den Antrag der Grünen überflüssig.

Antrag B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4091

Weitere Beschlüsse des Landtages

Änderung der Landeshaushaltsordnung / Errichtung eines Sondervermögens

Mecklenburg-Vorpommern hat 2011 die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert. Sie soll ab 2020 gelten. Nur bei Naturkatastrophen, in außergewöhnlichen Notsituationen und bei schlechter konjunktureller Entwicklung sind Ausnahmen zulässig. Um diese Verschuldungsmöglichkeit zu konkretisieren, bedurfte es einer gesetzlichen Verankerung. Ebenso wie für die nachhaltige Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage; um in guten Zeiten für schlechte vorzusorgen.

Drucksachen 6/3886, 6/4126, 6/4142 und 6/4145

Volksentscheide

Die Grünen und die Linken haben am 1. Juli einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der vorsieht, das Gesetz zur Durchführung von Volksentscheiden und Volksbegehren zu überarbeiten und darin Regelungen über die

Information der Stimmberechtigten über den Gegenstand des Volksentscheids, die Erstattung von Werbungskosten für den Volksentscheid und die Spendentransparenz vorzusehen. Die Überweisung des Gesetzentwurfs in die Ausschüsse fand keine Mehrheit. Damit wird dieser entsprechend § 48 der Geschäftsordnung spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Gesetzentwurf B'90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

Drucksache 6/4094

Schnelles Internet

Mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE hat der Landtag die Landesregierung am 2. Juli aufgefordert, sich für ein flächendeckendes schnelles Internet über Breitband starkzumachen und Fördermittel gezielt für die Schließung der Versorgungslücken in ländlichen Regionen einzusetzen. Energieminister Christian Pegel kündigte an, für die in Aussicht gestellte Bundesförderung kurzfristig die Kofinanzierung des Landes sicherzustellen. Der Änderungsantrag der Grünen, der feststellte, dass die Bundes-Fördermittel nicht ausreichen, fand keine Mehrheit.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/4101

Änderungsantrag B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4147

Parlamentsforum Südliche Ostsee

Der Landtag hat den Beschlüssen des 13. Parlamentsforum Südliche Ostsee zugestimmt. Die Konferenz tagte vom 19. bis 21. April in Hamburg. Unter dem Motto „Wissenschafts- und Hochschulkooperation im Ostseeraum“ befassten sich die rund 80 Delegierten aus vier Ostsee-Anrainerstaaten unter anderem mit der Studierendenmobilität, der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, dem demografischen Wandel und der Bekämpfung multiresistenter Keime. Den Entschließungsantrag zur Umsetzung der Beschlüsse hatten SPD, CDU, DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN gemeinsam in den Landtag eingebracht.

Drucksache 6/4106

Infektionskrankheiten

In Krankheitsfällen mit den Erregern „Entamoeba histolytica“ oder „Streptococcus pneumoniae“ müssen Patienten künftig namentlich dem Gesundheitsamt mitgeteilt werden. Mit dieser Neuerung werden die landesrechtlichen Regelungen im Infektionsschutzausführungsgesetz den neuen Meldepflichten auf Bundesebene angepasst. „Entamoeba histolytica“ können Amöbenruhr, eine Durchfallerkrankung, verursachen. „Streptococcus pneumoniae“ sind häufige Ursache für eine Lungenentzündung. Auch Borreliose- und Tetanuserkrankungen müssen nun dem Gesundheitsamt gemeldet werden. Hier reicht eine nichtnamentliche Mitteilung. Die Änderungen sollen dazu beitragen, vor schweren übertragbaren Krankheiten zu schützen.

Drucksachen 6/3612, 6/4127, 6/4144 und 6/4146

Gerichtsreform nicht verschoben

Grüne und Linke scheitern mit Gesetzentwurf zum Stopp weiterer geplanter Gerichtsschließungen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE sind am 1. Juli in Erster Lesung mit einem weiteren Vorstoß gegen die Gerichtsstrukturreform gescheitert. Vor dem Hintergrund des anstehenden Volksentscheids und des Urteils des Oberverwaltungsgerichts zur Zweigstellenregelung sah ihr Gesetzentwurf vor, die Reform noch einmal zu überdenken und die Aufhebung der bislang noch nicht geschlossenen Amtsgerichte um 18 Monate zu verschieben. Dafür gebe es keinen Grund, sagte Justizministerin Uta-Maria Kuder. Die Reform sei ein „wohlüberlegtes Vorhaben, bei dem sorgfältig alle aufeinander abgestimmten Schritte genau ineinandergreifen“. Die Überweisung in den Europa- und Rechtsausschuss wurde abgelehnt.

Antrag B' 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Drucksache 6/4043



Foto: Jens Büttner

Nur 23,7 Prozent der Wahlberechtigten nahmen am Volksentscheid teil.

Ergebnis des Volksentscheids

Stimmberechtigte (davon: ein Drittel)	1.334.220 444.740
Abstimmende Ungültige Stimmen	316.554 868
Gültige Stimmen	315.686
Von den gültigen Stimmen entfielen auf	
Ja	262.672
Nein	53.014

Quelle: Landeswahlleiterin M-V

Chronologie Gerichtsstruktur-Reform

02.05.2012

1. Arbeitsentwurf des Justizministeriums zur Reform der Gerichtsstruktur in M-V

29.08.2012

Die Volksinitiative „Für den Erhalt einer bürgernähen Gerichtsstruktur“ (DS 6/1021) wird vom Landtag in den Europa- und Rechtsausschuss überwiesen.

21.09.2012

Öffentliche Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss zur Volksinitiative.

10.10.2012

Der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag, der Volksinitiative zuzustimmen. In einer Entschließung stellt der Ausschuss fest, dass die Volksinitiative nicht im Widerspruch zur geplanten Gerichtsstrukturreform steht. (DS 6/1263).

24.10.2012

Der Landtag stimmt der Volksinitiative zu.

20.03.2013

Der Landtag überweist den Gesetzentwurf der Landesregierung an den Europa- und Rechtsausschuss (federführend) und den Innen- und den Finanzausschuss (mitberatend).

05. und 06.06; 28.08.2013

Öffentliche Anhörungen im Europa- und Rechtsausschuss

25.09.2013

Der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag die Annahme des Gerichtsstrukturneuordnungsgesetzes.

9.10.2013

Der Landtag beschließt das Gerichtsstrukturneuordnungsgesetz.

11.03.2014

Der Richterbund M-V und der Verein „Pro Justiz“ starten ein Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform der Landesregierung.

6.10.2014

Das Gerichtsstrukturneuordnungsgesetz tritt in Kraft.

9.12.2014

Die Initiatoren des Volksbegehrens übergeben Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider Unterschriftenlisten mit mehr als 149.000 Unterschriften.

23.02.2015

Die Landeswahlleiterin informiert den Landtag über die Zulässigkeit des Volksbegehrens. Das erforderliche Quorum von 120.000 gültigen Unterstützungsunterschriften wurde erreicht.

11.03.2015

Der Landtag überweist den Gesetzentwurf des Volksbegehrens zur „Aufhebung der mit dem Gerichtsstrukturneuordnungsgesetz beschlossenen Änderungen“ an den Europa- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss.

25.03. und 15.04.2015

Öffentliche Anhörungen im Europa- und Rechtsausschuss zum Gesetzentwurf des Volksbegehrens.

20.05.2015

Der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs des Volksbegehrens.

03.06.2015

Der Landtag lehnt den Gesetzentwurf des Volksbegehrens ab.

06.09.2015

Volksentscheid über den Gesetzentwurf des Volksbegehrens. Das in der Landesverfassung festgeschriebene Quorum für die Gesetzesänderung wurde nicht erreicht. Es hätten zwei Drittel der Wahlberechtigten (444.740) dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens zustimmen müssen. Tatsächlich bekam dieser 262.672 Ja-Stimmen.

Trotz Mehrausgaben keine neuen Schulden

Landtag berät Doppelhaushalt 2016/2017
in Erster Lesung

Der Landtag trat am 8. September zu einer Sondersitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt: der Haushaltsplan des Landes für die kommenden zwei Jahre. Finanzministerin Heike Polzin erläuterte im Parlament die Eckpunkte des Regierungsentwurfs. Für die kommenden beiden Jahre seien Ausgaben von jeweils rund 7,8 Milliarden Euro geplant, neue Schulden soll es wie in den Vorjahren nicht geben. Beides sei auch deshalb möglich, weil das Land allein 2016 ein Steuerplus von mehr als 240 Mio. Euro erwarte. Während sich SPD und CDU in der dreistündigen Debatte mit der Finanzpolitik ihrer Koalitionsregierung auf dem richtigen Weg sahen, sprach die Opposition von „in Zahlen gegossener Stagnation“. Am Ende der Debatte wurde der Etatentwurf zur Detailberatung in alle Fachausschüsse überwiesen. Die Zweite Lesung und Verabschiedung ist für Dezember geplant.

„Mit dem aktuellen Entwurf bleiben wir unserer Linie – Schwerpunktsetzung mit Augenmaß –, treu“, sagte Finanzministerin **Heike Polzin**. Den Plänen zufolge sollen 2016 mehr als 1,7 Mrd. Euro für Bildung ausgegeben werden. „Das sind fast 200 Millionen mehr als noch vor vier Jahren.“ Für die Frühförderung von Kindern werde der Etat ebenfalls erhöht. Im kommenden Jahr würden 194 Millionen Euro dafür bereitgestellt. Das entspreche einer Steigerung von 70 Millionen Euro im Vergleich zu 2012.

Einen weiteren Schwerpunkt setze der Finanzplan, so die Ministerin, bei den Investitionen. Diese sollen, trotz sinkender Einnahmen aus dem Solidarpakt, steigen. „2016 wollen wir rund 1,22 Mrd. Euro investieren.“ Das entspreche im Vergleich zu diesem Jahr einem Plus von fast 130 Mio. Euro. Zugute kommen solle das Geld insbesondere der Wirtschaftsförderung, dem Straßenbau und der Breitbandversorgung. Auch die Kommunen werde die Regierung „nicht im Regen stehen lassen“. Ihnen verspricht die Ministerin „Sonderleistungen, die deutlich über den Finanzausgleich hinausgehen“. Der Entwurf sieht hierfür 70 Mio. Euro für 2016 und 40 Mio. Euro für 2017 vor. „Das sind Mittel, die zusätzlich zum Finanzausgleich gezahlt werden.“

Einen neuen Höchststand würden im kommenden Jahr mit 1,5 Mrd. Euro die Sozialleistungen erreichen. 118 Mio. Euro davon seien für Flüchtlinge eingeplant. Hinter dieser Zahl stünden zwar noch „die meisten Fragezeichen“. „Eines kann ich Ihnen aber versprechen: Diese Ausgaben werden nicht dazu führen, dass wir an anderer Stelle Leistungen strei-

Foto: Cornelius Kettler



Finanzministerin Heike Polzin begründet im Landtag den Regierungsentwurf für den Landeshaushalt 2016/2017.

chen.“ Das Land werde den Kommunen auch weiterhin alle Kosten erstatten, die ihnen für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen entstünden.

Der größte Ausgabeposten des Haushalts bleibe das Personal. „Erstmals werden wir mit dem Doppelhaushalt hier die Grenze von zwei Milliarden Euro überschreiten“, so die Ministerin. Auch in den kommenden zwei Jahren will das Land ohne neue Schulden auskommen. „Dass wir es schaffen, die Ausgaben ohne die Aufnahme neuer Kredite zu finanzieren“, so Polzin, „zeigt die Fortschritte der vergangenen Jahre“ und sei Ergebnis „einer verantwortungsbewussten Ausgabenpolitik.“ Von diesem „Pfad der Tugend“ werde man nicht abweichen.

In der Grundsatzausprache ging die Opposition hart ins Gericht mit dem Regierungsentwurf. **Helmut Holter**, Fraktionschef der Linken, nannte ihn „in Zahlen gegossene Stagnation“. Statt Antworten auf „Fragen des Heute und Morgen“ zu geben, ducke sich die Große Koalition weg. „Einen wirklichen Gestaltungswillen kann ich nicht herauslesen“, kritisierte auch der Grünen-Redner **Johannes Saalfeld**. „Stagnation, im besten Falle Wahrung des Status quo.“

Ministerpräsident **Erwin Sellering** hingegen verteidigte den Entwurf. „Er ist ausgewogen und setzt klare Schwerpunkte in den Bereichen, die für die Zukunft unseres Landes wichtig sind: Wirtschaft, Arbeit, Kita und Schule.“ Unterstützung bekam er von CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert**. „Ja, der Haushalt stagniere an einer Stelle“, griff dieser die Kritik der Opposition auf, „bei den Schulden!“ Und darauf sei die Koalition stolz.

Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD, bezeichnete den Entwurf als „Fortschreibung eines Totalversagens“. Die Regierung verschweige die bestehenden Schulden von über 9,5 Mrd. Euro und die damit verbundene Zinsbelastung.

Entwurf Haushaltsgesetz 2016/2017 Drucksache 6/4200

Entwurf Haushaltsbegleitgesetz Drucksache 6/4199

Mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2020 Drucksache 6/4198

Geplante Einnahmen und Ausgaben (Mio. Euro)

	2016	2017
Einnahmen	7.812,3	7.752,5
Ausgaben	7.812,3	7.752,5
Kredite (Schulden)	0	0

Landtags-Lobby in neuer Optik

Foto: Cornelius Kettler



Blick in die neue Lobby. Im Zuge der Abbrucharbeiten wurden auch die bisherigen Stützpfeiler entfernt.

Mit Beginn der parlamentarischen Sommerpause hatten die Bauleute im Plenarbereich des Schlosses das Sagen. So wurde in der Lobby die Decke abgebrochen, um den Neubau der Technikzentrale des künftigen Plenarsaals vorzubereiten. Bei den Stemmarbeiten im 3. Zwischengeschoss über der Lobby wurde es schon mal richtig laut. Die Arbeiten waren erforderlich, weil für das neue Technikzentrum des künftigen Plenarsaals ein neuer Stahlbetonboden im dritten Zwischengeschoss gebaut werden musste. Die Bauarbeiten wurden planmäßig zum Ende der Sommerpause abgeschlossen, sodass der Landtag Plenarsaal und Lobby wieder uneingeschränkt nutzen kann.

Früherer Landtags- direktor geehrt

Foto: Landtag M-V



Dr. Uwe Bernzen (r.) mit Staatsrat Dr. Christoph Krupp im Hamburger Rathaus.

Am 1. September wurde der ehemalige Direktor des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Uwe Bernzen, in Hamburg mit dem Ehrentitel „Professor“ ausgezeichnet. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg verleiht diesen Titel an Personen, die sich anerkannt hervorragende Verdienste auf den Gebieten der Wissenschaft, der Forschung oder der Kunst erworben haben.

In der Begründung heißt es u.a.: „Dr. Uwe Bernzen ist Jurist und hat sich in dieser Eigenschaft durch Arbeiten im Bereich des Verfassungs- und Verwaltungsrechts hervorgetan. Weiterhin hat sich Dr. Bernzen beim Aufbau der neuen Länder verdient gemacht. Als Vorsitzender der Prüfungskommission für das 1. Juristische Staatsexamen beim Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern und als Lehrbeauftragter an der Universität Rostock hat er sich herausragend beim Aufbau der neuen Rechtsordnung engagiert.“

Der gebürtige Lübecker war lange Jahre zunächst Justitiar und dann stellvertretender Direktor des Hamburgischen Landesparlaments. Nach dem Mauerfall baute er die Verwaltung von Hamburgs Partnerstadt Dresden mit auf. Von 1992 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2000 war er Direktor des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und hatte maßgeblichen Anteil am Aufbau einer leistungsfähigen Parlamentsverwaltung.

Für sein großes ehrenamtliches Engagement, u.a. für die Walddörfer, in der katholischen Kirchengemeinde Heilig Kreuz in Volksdorf und bei den Maltesern, wurde Uwe Bernzen 2003 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet.

Landtag trauert um Abgeordnete

Mit einer Schweigeminute gedachte der Landtag zu Beginn seiner Sondersitzung am 8. September seiner ehemaligen Mitglieder Hermann Bollinger und Erhard Bräunig.

Die Nachricht vom Tod beider Politiker hatte den Landtag in der parlamentarischen Sommerpause erreicht. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider würdigte das Wirken beider Persönlichkeiten und sprach den Angehörigen ihr Beileid aus.



Hermann Bollinger gehörte dem Landtag in der 1. und 2. Wahlperiode und noch einmal von 2001 bis 2002 als Mitglied der CDU-Fraktion an. Von 1990 bis 1994 war er Vorsitzender des Innenausschusses. Unter seinem Vorsitz wurden während der ersten Wahlperiode die gesetzlichen Grundlagen für alle wesentlichen Bereiche der Innenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen. Bollinger starb im Alter von 78 Jahren.



Erhard Bräunig war von 1998 bis 2001 Mitglied des Landtages und gehörte der SPD-Fraktion an. Er war außerdem von 1993 bis 1994 Landrat des Landkreises Grevesmühlen und von 2001 bis 2008 Landrat des Landkreises Nordwestmecklenburg. Im Juni 2009 wurde Erhard Bräunig zum Bürgermeister der Gemeinde Plüschow gewählt. Bräunig starb im Alter von 69 Jahren bei einem tragischen Verkehrsunfall.

Metropolregion Hamburg

Öffentliche Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss

Der globale Wettbewerb erfordert regionale Kooperationen – nicht nur mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch bei der Vermarktung touristischer Angebote. Deshalb arbeiten Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern in der Metropolregion Hamburg zusammen. Am 24. Juni hat der Europa- und Rechtsausschuss den Bericht der Landesregierung zum Stand dieser Kooperation in einer öffentlichen Anhörung mit Sachverständigen erörtert.

Der Einladung des Ausschusses waren 13 Sachverständige gefolgt: Dr. Ralf-Barnim Foth (Freie und Hansestadt Hamburg), Jakob Richter (Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg), Wolfgang Schmülling (Landkreis Ludwigslust-Parchim), Mathias Diederich und Tino Waldruff (Landkreis Nordwestmecklenburg), Thomas Beyer (Hansestadt Wismar), Reinhard Mach (Stadt Ludwigslust), Torsten Obst (Landkreis Ludwigslust-Parchim), Dr. Michael Glatthaar (Pro loco Bremen), Siegbert Eisenach (IHK zu Schwerin), Michael Fröhlich (Initiative „Pro Metropolregion Hamburg“), Bernd Nottebaum (Landeshauptstadt Schwerin) und Dr. Wolfgang Blank sowie Torsten Haasch (IHK Neubrandenburg).

Alle Sachverständigen bewerteten die Gründung der Metropolregion als Erfolg. Es herrschte Einvernehmen darüber, dass der globale Wettbewerb regionale Kooperationen und eine bessere Wahrnehmung von außen erfordere. Dies betreffe den Wirtschaftsstandort, aber auch die Vermarktung von touristischen Angeboten in der Region. Auf Grund der tatsächlichen Verflechtungen in der Region Hamburg, beispielsweise im Bereich des Arbeitsmarktes oder im Personennahverkehr, sei es sinnvoll, im Rahmen der Planung über Landes- oder Landkreisgrenzen hinwegzudenken.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es verschiedene Projekte, die mit Mitteln der Metropolregion unterstützt werden. Beispielsweise wurde in Ludwigslust ein Pendlerparkplatz eingerichtet, um den Verkehrsknotenpunkt besser an das Hinterland anzubinden. Auch das gemeinsame Gewerbeflächen-Informationssystem (Gefis), das auf Initiative der Metropolregion zurückgeht, wurde als Erfolg hervorgehoben.

Im Rahmen der Anhörung ging es auch um die Frage der eventuellen Gründung einer weiteren grenzüberschreitenden Metropolregion im östlichen Landesteil mit Stettin. Auf polnischer Seite gebe es bereits einen Verein, der eine solche Metropolregion anschieben würde. Einen Zeitplan dafür gebe es allerdings nicht. Diskutiert wurde auch, dass eine grenzübergreifende Metropolregion Stettin eine besondere Herausforderung darstelle, beispielsweise wegen der zentralisierten polnischen Staatsstruktur und der Sprachbarriere. Die Kooperationen in der deutsch-französischen Grenzregion zeigten jedoch, dass solche Herausforderungen zu bewältigen seien.

*Bericht der Landesregierung zur Metropolregion Hamburg
Drucksache 6/3215*

Hintergrund

Die Metropolregion Hamburg ist eine regionalpolitische Kooperation der Freien und Hansestadt Hamburg und der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Daneben gehören verschiedene Landkreise und Städte dazu – in Mecklenburg-Vorpommern die Landkreise Nordwestmecklenburg und der Altkreis Ludwigslust sowie die Städte Wismar und Ludwigslust. Für Vorhaben in Mecklenburg-Vorpommern sieht die Metropolregion einen jährlichen Etat von 300.000 Euro für die Unterstützung konkreter Projekte vor, der sich je hälftig aus Landesmitteln und Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg speist.

www.metropolregion.hamburg.de



Quelle: Metropolregion Hamburg

Häusliche Gewalt

Petitionsausschuss beriet
Eingabe des Landfrauenrates öffentlich

Der Petitionsausschuss hat in seiner 74. Sitzung am 25. Juni öffentlich eine Petition des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern e.V. beraten. Mit seiner Eingabe möchte der Verein einen bedarfsgerechten Zugang zum Beratungs- und Hilfenetz für alle Menschen erreichen, die von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffen sind. Zu der Sitzung waren neben Vertretern des Sozial-, des Innen- und des Finanzministeriums auch die Mitglieder der entsprechenden Fachausschüsse des Landtages, die kommunalen Interessenvertretungen sowie Vertreterinnen der Petenten eingeladen worden.

In Mecklenburg-Vorpommern gebe es zwar ein funktionierendes Hilfenetz für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt, so die Petenten, dieses werde dem Bedarf aber nicht gerecht. So seien einige Einrichtungen personell nicht ausreichend ausgestattet. Auch seien die Frauenhäuser in M-V nicht barrierefrei, sodass schutzsuchende Frauen auf andere Einrichtungen, auch in anderen Bundesländern, verwiesen werden müssten. Als weiteres Problem wurden die Sprachbarrieren bei der Aufnahme von Migrantinnen genannt. Überdies fehle es oftmals an einer bedarfsgerechten Betreuung der Kinder betroffener Frauen.

Mecklenburg-Vorpommern sei mit seinem Beratungs- und Hilfenetz im bundesweiten Vergleich gut aufgestellt, betonte die Vertreterin des Sozialministeriums. Sie räumte jedoch ein, dass es vor allem bei der Täterberatung Lücken gebe, was auch an der fehlenden Bereitschaft der Kommunen liege. Die ungleiche personelle Ausstattung der Frauenhäuser führte sie auf die unterschiedliche Finanzausstattung durch die Kommunen zurück.

Eine Umwandlung der derzeit freiwilligen Leistung der Kommunen in eine gesetzlich verankerte Pflichtaufgabe hätte

zur Folge, dass das Land für sämtliche Kosten aufkommen müsse, gab der Vertreter des Innenministeriums zu bedenken und verwies auf das in der Landesverfassung verankerte Konnexitätsprinzip (Art. 72 Abs. 3). Derzeit tragen die Kommunen und das Land die Kosten gemeinsam. Nach Aussage des Finanzministeriums habe das Land seinen Anteil in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht.

Barrierefreie Zugänge zu den Einrichtungen des Beratungs- und Hilfsnetzes nannten auch die Vertreter des Landkreistages als besonders wichtig. Die Träger seien hier in der Fürsorgepflicht, bedürften jedoch der Zuschüsse durch die Kommunen. Derzeit gebe es eine Festfinanzierung, die einen gleichhohen Betrag für Sach- und Personalkosten beinhalte. Alternativ würden auch andere Finanzierungsmodelle geprüft.

Im Ergebnis der Erörterung einigten sich die Mitglieder des Petitionsausschusses darauf, weitere Informationen sowie Stellungnahmen einzuholen und dann zu beraten, wie mit der Petition weiter zu verfahren sei.

Der Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.

vertritt als Dachverband 44 Mitgliedsvereine und Organisationen, deren gemeinsames Ziel die Gleichstellung von Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern ist. Zur Umsetzung des Ziels der Chancengleichheit und der Entwicklung gleichwertiger Lebensperspektiven für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen, arbeitet der Landesfrauenrat eng mit der Landesregierung, den demokratischen Parteien, Wirtschafts- und Sozialpartnern, Verwaltungen und Institutionen in M-V sowie Frauen- und Gleichstellungsinteressenvertretungen, -expertinnen und -experten im In- und Ausland zusammen.

Zurzeit ist der Landesfrauenrat Träger des Projektes Arbeitsstelle Gleichstellung leben in MV (AGL MV) sowie der Fachstelle Gleichstellung und des Projektes Gleichstellung im EFRE.

www.landesfrauenrat-mv.de



Am 25. November 2014, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, hatte der Landesfrauenrat zu einer Demonstration für das Recht auf Schutz und Beratung von Frauen aufgerufen und übergab die ersten Unterschriften der Online-Petition „Opferschutz als Pflichtaufgabe“ an den Landtag.



Die Abgeordneten aus M-V mit Vertretern der Police Municipale von La Grande Motte.

Foto: Landtag M-V

Blick über den Tellerrand

Innenausschuss zum Erfahrungsaustausch in Frankreich

Wie gewährleistet man die Sicherheit der Bevölkerung in einem touristisch geprägten Flächenland? Wie erreicht man ein gleichbleibendes Sicherheitsniveau – unabhängig davon, ob sich in der Nebensaison weniger als 10.000 Menschen und in der Hauptsaison mehrere 100.000 Personen in einem Gebiet aufhalten? Wie sichert man Groß- und Sportveranstaltungen ab und wer trägt hierfür die Kosten? Ähnliche Fragen stellen sich auch die Verantwortlichen in Frankreich. Deshalb fuhr der Innenausschuss des Landtages vom 7. bis 12. Juni zum Erfahrungsaustausch in die Region Languedoc-Roussillon.

In der spannenden Phase einer Gebietsreform in Frankreich, bei der die derzeit 22 Regionen ab 2016 zu 13 Regionen zusammengefasst werden sollen, stand der stellvertretende Präfekt des Départements Gard, Gilles Bernard, sowie der Direktor des Kabinetts Christophe Borgus den Abgeordneten Rede und Antwort zu innenpolitischen Themen, der Verwaltung und der Kompetenzverteilung.

Jean-Paul Fournier, Bürgermeister von Nîmes, und Stéphan Rossignol, Bürgermeister der Gemeinde La Grande Motte – eines auf dem Reißbrett geplanten Ferienortes – sowie der Beigeordnete für Sicherheitsfragen der Stadt Nîmes Richard Tiberino und der Direktor der Stadtpolizei von La Grande Motte berichteten unter anderem vom Einsatz einer Zivil- und Ferienpolizei, die die regulären Polizeikräfte während der Saison unterstütze. Zivilcourage werde durch Kontaktpolizisten gefördert, die als Bindeglied zwischen der Bevölkerung und der Polizei fungierten. Gerade in der Ferienzeit bestünde ferner die Möglichkeit, etwa eine urlaubsbedingte Abwesenheit bei der Polizei anzuzeigen, damit diese den Wohnort regelmäßig bestreifen könne. Kontrovers wurde der Einsatz von Überwachungskameras diskutiert.

Henri Castets, Direktor der Polizeischule Nîmes, informierte die Abgeordneten über die Polizeiausbildung, aber auch

über die Ausbildung der unterstützenden zivilen Kräfte und diverse Projekte zur Prävention und Resozialisierung.

Beim Besuch der Feuerwehr in Montpellier ging es um die Ausstattung der Wachen, das Thema Ehrenamt und die Hilfsfrist in einem Flächenland.

Vertreter der Stadt Montpellier, die in den 1960er-Jahren vor der Herausforderung stand, in kurzer Zeit über 2.000.000 Zuwanderer unterzubringen, demonstrierten, dass sozialer Wohnungsbau und moderne Architektur Hand in Hand gehen können und auch eine Ghettoisierung vermieden werden könne.

Im Weltmeisterschaftsstadion von 1998 debattierten die Abgeordneten schließlich mit dem Sicherheitsdirektor des HSC Montpellier Pierre-Marie Grappin über die zunehmende Gewalt im Sport und die Absicherung von Sportveranstaltungen durch die Polizei bei einer Kostenbeteiligung durch den Verein.

Energieausschuss in der dänischen Modell-Region für erneuerbare Energien Samsø

„Die vollständige Umstellung einer ganzen Gemeinde auf erneuerbare Energien ist keine Vision“, sagte Vorsitzender Rudolf Borchert nach dem Besuch des Landtagsausschusses für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung in der Europäischen Klima-Modell-Region der dänischen Gemeinde Samsø. Vom 6. bis 8. Juli informierten sich die Abgeordneten aus M-V im nördlichen Nachbarland über die dänische Energiepolitik. Der Fokus lag dabei insbesondere auf der Bürgerbeteiligung zur Erhöhung der Akzeptanz alternativer Energieanlagen.

Bis 2030 plant Dänemark den Rückbau aller Kohlekraftwerke, erfuhren die Energiepolitiker aus M-V bei der Dänischen Energieagentur in Kopenhagen. Bereits 2035 sollen Stromversorgung und Wärmesektor vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt sein. Der Mobilitätsbereich soll bis 2050



Teilnehmer der Informationsreise vor der Energieakademie Samsø.

Fotos: Landtag M-V

folgen. Die wichtigsten Faktoren zur Ablösung fossiler Energieträger sind Wind und Biomasse, Photovoltaik ist – anders als in Mecklenburg-Vorpommern – von nachrangiger Bedeutung. Weltweit als Modellregion für erneuerbare Energien bekannt ist die dänische Gemeinde Samsø. Auf dem Weg zur „fossilfreien“ Insel bis zum Jahr 2030 vollzieht die Gemeinde in enger Abstimmung mit den Einwohnern bereits seit 1997 einen kontinuierlichen Transformationsprozess. Die Stromversorgung der rund 3.700 Einwohner wird über elf landseitige Windenergieanlagen gesichert. Die Wärmeversorgung der Gebäude erfolgt über Fern- und Nahwärmesysteme, die aus drei Stroh- und einem Holzhackschnitzel-Heizkraftwerk gespeist werden. Derzeit erzeugt man auf der Insel 110 Prozent des Bruttostromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. 70 Prozent der Häuser sind an das Fern- sowie das Nahwärmenetz angebunden. Darüber hinaus wurden solarthermische und Photovoltaikanlagen sowie Ladestationen für Elektrofahrzeuge eingerichtet. Im Süden der Insel hat die Gemeinde mit Hilfe von Bürgerbeteiligungen weitere zehn Offshore-Windenergieanlagen installiert. Der dabei erzeugte Strom kompensiert den derzeit noch durch den lokalen Verkehr entstehenden Verbrauch an fossilen Treibstoffen. Bereits heute gilt die Insel in der Bilanz somit als 100 Prozent CO₂-neutral. Zudem arbeitet die Gemeinde derzeit an einem eigenen Projekt zur Umstellung des Fährverkehrs auf eine emissionsarme LNG-Versorgung auf der Grundlage von lokal erzeugtem Biogas.

Als Zentrum für die Energie-Modell-Region Samsø war 2007 die Energieakademie eröffnet worden. Sie dient einerseits als Demonstrations- und Besucherzentrum für jährlich ca. 6.000 „Energietouristen“ aus aller Welt. Andererseits beschäftigt man sich intensiv mit der Umsetzung des von der Gemeinde einstimmig beschlossenen Masterplans zur „fossilfreien Insel“ sowie mit der Einbindung in europäische Projekte. Bei den Gesprächen mit Kommunalpolitikern und Fachleuten reichte die Themenpalette von den europäischen Rahmenbedingungen über die Rolle der Gemeinde Samsø im dänischen Energiekonzept bis hin zu konkreten Energieeinsparprojekten und Finanzierungsmöglichkeiten. Als Schlüsselfaktor zur Akzeptanz der vollständigen Umstellung auf erneuerbare Energien wird der Bürgerbeteiligung Priorität eingeräumt. Die Anlagen zur Energieversorgung werden durch Beteiligungen der Gemeinde sowie von Einwohnern

gemeinsam genutzt und finanziert. Dieser Aspekt war ein besonderer inhaltlicher Schwerpunkt der Informationsreise, da in Mecklenburg-Vorpommern ein Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz in Arbeit ist.

„Das Beispiel der Gemeinde Samsø verdeutlicht, dass erneuerbare Energien Wertschöpfung und Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen schaffen können“, bilanzierte Ausschussvorsitzender Rudolf Borchert die Ausschussfahrt. „Was im Kleinen gelingt, könnte auch im großen Maßstab erfolgreich umgesetzt werden.“

Wirtschaftsausschuss beriet mit polnischen Kollegen über maritime Wirtschaft

Es war ein erfolgreicher Anfang für eine weitere Zusammenarbeit – da waren sich die Landtags-Abgeordneten des Wirtschaftsausschusses und ihre Kollegen vom Sejmik Westpommern am Ende ihrer ersten gemeinsamen Beratung einig. Bei dem Treffen am 25. Juni in Rostock stand die maritime Wirtschaft im Fokus. Der grenzüberschreitende Dialog soll fortgesetzt werden.



v.l.: Ewa Dudar, Vizevorsitzende des Wirtschaftsausschusses; Kazimierz Drzazga, Vizepräsident des Sejmik; Jürgen Suhr, MdL; Jerzy Kotłęga, Vizepräsident des Sejmik; Dietmar Eifler, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses; Jochen Schulte, MdL; Józef Jerzy Faliński, Vorsitzender des Ausschusses für die Entwicklung der maritimen Wirtschaft; Bernd Schubert, MdL; Beata Tokarzewska, stellv. Büroleiterin des Sejmik; Dariusz Wieczorek, Mitglied des Ausschusses für die Entwicklung der maritimen Wirtschaft.

Zum Auftakt der Beratungen besichtigten die Abgeordneten die Neptun Werft in Warnemünde. Geschäftsführer Manfred Müller-Fahrenholz informierte über die Unternehmensgeschichte sowie über die Fertigungsabläufe in der Werft. Seit 2000 hat sich die Neptun Werft auf den Bau von Flusskreuzfahrtschiffen spezialisiert und stellt im Jahr durchschnittlich zwölf Flussfahrtschiffe fertig. Der zurzeit wichtigste Auftraggeber der Werft ist die Reederei Viking River Cruises. Als einer der größten Ausbildungsbetriebe des Landes bietet die Neptun Werft gegenwärtig etwa 50 Azubis einen Ausbildungsplatz.

Im Anschluss an die Werftbesichtigung berieten die Abgeordneten beider Parlamente zur „Bedeutung von Netzwerken und Kooperationen in der maritimen Industrie“. Mit am Tisch saßen Vertreter des Kooperationsverbundes MAZA M-V e. V., die ihr Netzwerk kleinerer und mittelständischer maritimer Ingenieurunternehmen sowie gewerblich produzierender Zuliefer-, Ausrüstungs- und Dienstleistungsunternehmen vorstellten.

Impulsgeber und Gesprächspartner zum Themenkomplex „Zusammenarbeit mit Polen weiter vertiefen – grenzüberschreitende Kooperationschancen aus der Perspektive der Wirtschaft“ waren Vertreter der IHK Neubrandenburg sowie der Kommunalgemeinschaft Europaregion POMERANIA e. V.

Vor Ort

Bildungsausschuss auf Usedom unterwegs

Im Rahmen seiner 73. Sitzung besuchte der Bildungsausschuss am 24. Juni die Europäische Gesamtschule in Ahlbeck und die Kriegsgräberstätte sowie Jugendbegegnungsstätte in Kamminke.

In der Europäischen Gesamtschule Ahlbeck informierten sich die Abgeordneten insbesondere über den deutsch-polnischen Bildungsweg. Angestrebt werde das durchgängige Sprachenlernen, erklärte Schulleiter Jürgen Räsch. Grundlage dafür sei die „Konzeption für das durchgängige

Sprachenlernen im Deutsch-Polnischen Bildungsverbund Insel Usedom“. Auch wegen der wachsenden Nachfrage nach zwei- bzw. mehrsprachigen Kräften im Tourismus- und Dienstleistungsbereich würden sich immer mehr Schülerinnen und Schüler seiner Schule für das Fach Polnisch entscheiden. Neben der Sprache erwerben die Schülerinnen und Schüler grundlegende Kenntnisse der Kultur und Geschichte beider Nachbarländer. Deutsche und polnische Schulklassen treffen sich hierzu mehrmals im Schuljahr zu gemeinsamen Veranstaltungen, immer im Wechsel zwischen beiden Ländern.

Im Anschluss besichtigte der Bildungsausschuss die größte Kriegsgräberstätte des Landes in Kamminke, die sich seit 2000 in der Trägerschaft des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. befindet. In der nur 400 Meter entfernten Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm informierten sich die Abgeordneten über die Bildungsangebote der Einrichtung. Sie stehe vor allem für Schulprojekte und internationale Jugendbegegnungen offen, könne in den Schulferien aber auch touristisch genutzt werden, informierte Mariusz Sziemakowski, Leiter der Begegnungsstätte. Durch die unmittelbare Nachbarschaft zur Kriegsgräberstätte hätten die Jugendlichen die Möglichkeit, Geschichte direkt vor Ort zu erfahren. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. betreibe zudem eine aktive Arbeit an Schulen. Zum Thema „Erster Weltkrieg“ stehe seit kurzem auch die History-App „LOST Generation“ für Smartphones und Tablet-Computer zur Verfügung. Für deren Einsatz in Schulen und Bildungseinrichtungen würden dazu im Internet pädagogische Materialien und Arbeitsblätter zum Download angeboten.



Mariusz Sziemakowski (r.), Leiter der Jugendbegegnungsstätte Golm, und Karsten Richter (2.v.r.), Geschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge M-V, führten über das Gelände der Kriegsgräberstätte Golm.

Fotos: Landtag M-V



Der Schulleiter Jürgen Räsch (2.v.r.) stellte die Europaschule vor und informierte über geplante Sanierungs- und Baumaßnahmen.



Die MV-Sieger des Geschichtswettbewerbs bei der Preisverleihung im Plenarsaal des Landtages.



Vizepräsidentin Regine Lück gratuliert Pauline Gade aus Rostock zur Auszeichnung als Landessiegerin.

Spurensuche

MV-Sieger des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten im Schloss ausgezeichnet

„Das Phänomen des hohen Singens von Männern im gesellschaftlichen Kontext“. Mit diesem außergewöhnlichen Thema hat sich Pauline Gade vom Gymnasium Reutershagen in Rostock am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten beteiligt. Die Idee dafür war der Zwölftklässlerin, die selbst in einem Chor singt, bei einem Konzert eines Countertenors gekommen. Für ihre fundierte Arbeit und die exzellente Präsentation ihrer Forschungsergebnisse wurde sie am 15. September im Schweriner Schloss als Landessiegerin ausgezeichnet. Insgesamt vergab die Jury fünf weitere Landespreise und sechs Förderpreise.

Der Geschichtswettbewerb sei deshalb so wertvoll, weil er Geschichte erlebbar, fassbar mache, sagte Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück bei der Eröffnung der Feierstunde im Plenarsaal des Landtages. „Geschichte passiert ja nicht irgendwo im Ungewissen. Sie geschieht immer im Einzelnen, quasi vor der Haustür, betrifft konkrete Menschen und Orte“, betonte sie. Zusammen mit Ulrich Bongertmann vom Bildungsministerium, das gemeinsam mit der Körber-Stiftung den Wettbewerb ausrichtet, überreichte sie die Preisträger-

Urkunden an die Schülerinnen und Schüler aus Rostock, Ribnitz-Damgarten, Schwerin und Greifswald. Insgesamt haben sich in Mecklenburg-Vorpommern 131 Jugendliche mit 34 Beiträgen zum Thema „Anders sein. Außenseiter in der Geschichte“ am Geschichtswettbewerb beteiligt. Sie forschten beispielsweise zu Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, setzten sich mit der Ausgrenzung von Punks und Homosexuellen in der DDR auseinander oder forschten zum Thema Kindesaussetzung und Frauenpolitik im 19. Jahrhundert. Neben der historischen Ausgangsfrage verknüpften viele Jugendliche ihre Themen auch mit aktuellen Debatten zur Flüchtlingspolitik und zu Ausgrenzung und Integration.

Sommerfest



Sylvia Bretschneider und Sejmik-Vizepräsident Jerzy Kotlega

Am 2. Juli fand das traditionelle Sommerfest des Landtages statt. „Lassen Sie uns gemeinsam in ungezwungener Atmosphäre das erste arbeitsreiche Halbjahr 2015 ausklingen sowie unsere guten Beziehungen zu unseren zahlreichen Gästen pflegen und intensivieren“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zum Auftakt. Der Erlös der Sommerfest-Tombola, zu der viele Unterstützer Preise gestiftet hatten, ging diesmal an das „Netzwerk Arbeit für Flüchtlinge“. Die Spende soll helfen, einen „Wegweiser für Flüchtlinge und Asylbewerber“ zu entwickeln, der den neu Ankommenden wichtige Informationen in der jeweiligen Muttersprache bietet.



Spaß gab es nicht nur beim Warm-up am Eröffnungstag!

An einem Strang ziehen

„Jugend fragt nach“ 2015 und Generationenforum erarbeiteten Forderungen an die Landespolitik

Müde waren sie alle – aber auch froh gestimmt und zufrieden, als sich die rund 30 jungen Leute am 10. Juli voneinander verabschiedeten und zurück in ihre Heimatorte fuhren. Hinter ihnen lagen vier spannende, anregende und begeisternde Tage bei dem Beteiligungsprojekt von Landesjugendring und Landtag „Jugend fragt nach“ und dem anschließenden Generationenforum.

Ein Jahr ist seit dem großen Kooperationsprojekt von Landtag und Landesjugendring „Jugend im Landtag (JiL)“ vergangen. Um zu sehen, was aus den Ideen und Forderungen von 2014 geworden ist, trafen sich vor den Sommerferien rund 30 „JiLies“ und neue Interessenten zum Projekt „Jugend fragt nach 2015“. Im Mittelpunkt der Projekt-Workshops standen die Themen „Schule und Medien“, „Willkommenskultur“ und „Jung sein in MV“. Höhepunkte waren die Präsentation der Arbeitsergebnisse und Forderungen an die Landespolitik und die Diskussi-



Fotos: LJR, Charleen Ganschow, Landtag M-V



onen dazu mit Abgeordneten aller vier demokratischen Landtagsfraktionen.

Ein buntes Rahmenprogramm mit Kabarett, Karaoke, Schlossführungen, Open Space, Kickern, Quatschen und Feiern sorgte dafür, dass auch jenseits der Diskussionen der Spaß nicht zu kurz kam. Beim jfn-Feedback jedenfalls gab's von den Teilnehmenden die Gesamtnote 1,4!





Forderungen der Jugendlichen

■ SCHULE

- Rückkehr zu G 9
- Lehrpläne entrümpeln
- Modernisierung der Lehrmittel
- Gleiche Medienstandards an allen Schulen
- Weiterbildung der Lehrkräfte
- Medienkompetenz ab der Grundschule fördern
- Schüler-Lehrer-Projekte zum Digitalen Lernen
- Handy- und Mediennutzung in der Schule landeseinheitlich regeln
- Mehr und bessere politische Bildung an den Schulen
- Bessere Berufsorientierung und Vorbereitung aufs Leben

■ ARBEIT UND FREIZEIT

- Finanzielle Förderung für Ausbildung und Studium
- Günstigere ÖPNV-Tarife für Schülerinnen und Schüler
- Mehr Junges Wohnen
- Finanzielle Förderung von (außer-schulischen) kulturellen Angeboten
- Frühzeitige Präventionsprogramme (Alkohol, Drogen)

■ POLITIK

- Wahlalter 16 bei Landtagswahlen
- Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“

■ WILLKOMMENSKULTUR

- Jung und Alt für gemeinsame Willkommenskultur aktivieren!
- Bildung von Integrationsteams an Schulen unterstützen
- Integration durch Sport
- Keine Abschiebung während einer laufenden Ausbildung
- Vergünstigte ÖPNV-Fahrpreise für Flüchtlinge
- 24h-Stellen für Projekte mit Flüchtlingen

Den kompletten Forderungskatalog beider Veranstaltungen gibt es auf der Internetseite des Landesjugendrings: www.jil.ljrmv.de





Jung und Alt gemeinsam

Erster Generationendialog zwischen Jugendlichen und Senioren

Junge Ideen für MV sind oft auch für Ältere interessant und hilfreich. Und auch ältere Menschen haben tolle Ideen, wie M-V für Junge und Alte gleichermaßen attraktiver werden kann. Deshalb trafen sich am 10. Juli, unmittelbar nach dem Projekt „Jugend fragt nach“, Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Vertretern des Altenparlaments MV zu einem „Generationendialog“.

Die Jugendlichen präsentierten den Delegierten des Altenparlaments die Forderungen und Vorschläge an die Landespolitik, die sie in den vorangegangenen Tagen erarbeitet hatten. Im Gegenzug informierten die Vertreterinnen und Vertreter der Großeltern-Generation über die Beschlüsse des Altenparlaments. Beide Seiten stellten fest, dass es trotz des Altersunterschieds viele gemeinsame Probleme und Forderungen an die Landespolitik gibt. Im Mittelpunkt der Diskussionen von Jung und Alt standen die Themenfelder

*„Ich hoffe,
dass die Politiker die Ideen, die wir haben,
auch wirklich aufnehmen.“*

Mei Ling Chen, jfn-Teilnehmerin

Mitwirkung in der Landespolitik, Mobilität, Wohnen, Willkommenskultur und Bildung. Am Nachmittag kamen dann Abgeordnete von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Gesprächen hinzu und diskutierten mit den Teilnehmern Wege zur Weiterarbeit und Umsetzung von Ideen.

„Dieser erste Generationendialog hat gezeigt, dass Jung und Alt sich durchaus gut zuhören und verstehen können und auch eine gemeinsame Sprache finden“, lautet das Fazit von Yvonne Griep, Beteiligungskordinatorin beim Landesjugendring und Cheforganisatorin beider Projekte. Ein Folgetreffen ist bereits für den 9. Oktober verabredet.

Tipp

You Tube

Auf dem YouTube-Kanal des Landtages gibt es Videos zu beiden Veranstaltungen.



„Baustelle Schloss – ein Ende in Sicht?!

Podiumsgespräch am „Tag der offenen Tür“ des Landtages zog viele Besucher an

Warum ist ein Loch im Schlosshof für Archäologen so spannend? Wieviel Geld hat die Sanierung des Gebäudes bereits gekostet? Und warum gibt es einen „gewichtigen“ Grund, den alten Festsaal beim Umbau zum neuen Plenarsaal scheinbarweise zu zerlegen? Antworten darauf gaben Landesarchäologe Dr. Detlef Jantzen, Landtagsdirektor Armin Tebben und Plenarsaal-Architekt Tilmann Joos beim Tag der offenen Tür am 21. Juni im Landtag. Ihre Gesprächsrunde nahm die zahlreichen Besucher mit auf eine Zeitreise von 941 bis in die Gegenwart.



Dr. Detlef Jantzen

Für Besucher ist es nur ein großes Loch im Innenhof des Schlosses, für Dr. Detlef Jantzen, Archäologe beim Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, eine wahre Fundgrube. Hier unten, in drei, vier Metern Tiefe, unter vielen Schichten Erde, sind die Archäologen auf die „Keimzelle des Residenzensembles“ gestoßen: auf Hölzer des ersten Burgwalls. „Das war eine echte Überraschung“, bekennt Jantzen. Ihnen sei zwar klar gewesen, dass

sich unter dem Schloss ein Burgwall befindet. „Wir dachten jedoch, dass wir nur auf die Nutzungsschicht der Burgwall-Innenfläche stoßen. Dass wir den Wall selbst freilegen würden, hat keiner erwartet.“ Wer den Wall gebaut hat, das wissen die Archäologen nicht. Sehr wohl aber, dass es im Winter 941/42 war und dass der Wall bereits wenige Jahre später einfiel und um 965 wieder aufgebaut und verstärkt wurde. „Wie lassen sich die Zahlen so genau bestimmen?“, fragte Moderator Michael Seidel, Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung. „Weil wir die Hölzer haben und diese noch sehr gut erhalten sind“, antwortete der Archäologe. Genau genommen seien es die Abstände der Jahresringe, die Aufschluss darüber geben. „Je nach klimatischen Verhältnissen wachsen Bäume mal mehr oder mal weniger. Daraus ergeben sich für bestimmte Regionen bestimmte Schemata. Wenn wir die Waldkante haben, also den letzten Jahrring, der in die Rinde übergeht, können wir sogar genau sagen, bis zu welchem Jahr der Baum gewachsen ist – und somit, wann der Baum gefällt wurde.“ Da Eiche immer frisch verarbeitet werde, könne man die Bauzeit so genau datieren.

Eine klare Absage gab es zur Idee, die Wallreste durch eine Glasscheibe dauerhaft sichtbar zu machen. „In aller Regel sind die Erwartungen viel höher, als das, was sich dann tatsächlich machen lässt“, begründete Dr. Jantzen. Zum anderen sei es kein öffentlich begehbarer Kanal. Und selbst wenn man ein Fenster einlassen könnte, würde es dahinter anfangen zu bröseln und zu trocknen. „Das ist nicht gut für den Schlossuntergrund und auch nicht gut für das Bodendenkmal.“ Gleichwohl sei man aber bestrebt, die vielen Fotos, Zeichnungen, 3D-Dokumentationen und einen Teil der Funde öffentlich auszustellen.



Das Archäologen-Team um Grabungsleiterin Marlies Konze legt Teile des Burgwalls aus den Jahren 942/943 frei.

Foto: Cornelius Kettler



Tilman Joos

Mit ihren Ausgrabungen begleiten die Archäologen seit einem Jahr den Bau einer Kabeltrasse für den neuen Plenarsaal. „Wie komplex und aufregend ist dieses Bauvorhaben in einem Denkmal?“, wollte Michael Seidel wissen. „Die statischen Probleme haben die alten Baumeister mit den Eichenpfählen sehr intelligent gelöst“, sagte Chefarchitekt **Tilman Joos** mit Blick auf den morastigen Untergrund, auf dem das Schloss steht. Für ihn als Architekten ist dieser auch heute

noch eine Herausforderung. „Die Murde ist eine flexible Masse, die durch das Gewicht des Gebäudes zusammengepresst wird. Wenn ein Teil des Gewichts heruntergenommen wird, dehnt sie sich wieder aus. Das kann zu unterschiedlichen Setzungen im Schloss führen.“ Ein Problem, das auch beim Bau des neuen Plenarsaals besondere Aufmerksamkeit verlangt. Der einstige Festsaal muss komplett entkernt werden. Das bedeutet auch: Die Bühne auf der Ostseite und die Galerie auf der Westseite müssen raus. Die Stahlbetonkonstruktion wiegt jedoch mehrere hundert Tonnen. Wegen der Statik werde der Stahlbeton „scheibchenweise herausgesägt“, erklärte Joos. Und im Gegenzug müssten neue Lasten eingebaut werden. Überhaupt sei der Bau des Plenarsaals nicht vergleichbar mit den üblichen Arbeiten bei Umbauten in einem bestehenden Gebäude, gab der Architekt zu bedenken. Ein großes Problem seien z.B. die nicht ausreichend tragenden Decken. „Deshalb steht das große Raumgerüst im Saal“, erklärte er. Von hier aus habe man nicht nur die künftige Plenarsaal-Decke fertiggestellt. Parallel würden an den Außenwänden die historischen Strukturen freigelegt. „Der Schlossbrand 1913 hat wesentliche Zerstörungen verursacht, aber auch alle folgenden Generationen haben den Raum ummodelliert“, so Joos. Nun soll das alte Raumgefüge wieder hergestellt werden. „Wir werden auch die ursprünglichen Öffnungen, die in den 1950er-Jahren zugemauert wurden, wieder herstellen.“ Das bringe zudem einen zusätzlichen Mehrwert für die Museumsbesucher, die künftig in den Plenarsaal hineinschauen könnten. Der bisherige Plenarsaal soll zu einem multifunktional nutzbaren Konferenzzentrum umgestaltet werden. „Das erweitert auch die Möglichkeiten für Externe, ihre Veranstaltungen im Schloss durchzuführen“, ergänzte Landtagsdirektor Armin Tebben.



Armin Tebben

Wie viel Geld denn bisher in das Schloss geflossen sei, wollte Moderator Michael Seidel wissen. „Bislang haben wir 125 Millionen Euro investiert“, antwortete Landtagsdirektor **Armin Tebben**. Die Gesamtkosten seien seinerzeit auf 158 Mio. Euro beziffert worden. „Der überwiegende Teil ist in die Grundsanierung geflossen, insbesondere in die Fundamente, die Dächer und die Fassaden.“ Wenn im kommenden Jahr die letzte Innenhof-Fassade grundlegend instandgesetzt sei, würden Gerüste „nur noch“ von der laufenden Bauunterhaltung künden.

Foto: Angelika Lindenbeck



Dominik Peters vom Baureferat erklärt Besuchern am „Tag der offenen Tür“ die Bauarbeiten in der Baustelle des neuen Plenarsaals.

Bringen die Funde und die Sanierung Vorteile für die Bewerbung zum UNESCO-Welterbe? „Grundsätzlich hilft alles, was deutlich macht, dass wir das Schloss und seine Geschichte und den Erhalt ernst nehmen“, sagte Armin Tebben. Die neuen Funde zur Slawenzeit hätten dabei jedoch nicht den erhofft großen Stellenwert. „Experten raten, für die Bewerbung den Fokus auf den Spätfeudalismus und das Gesamtensemble zu legen.“

Dass es bei der Bewerbung nicht nur um das Schloss geht, wird in der Öffentlichkeit nach Tebbens Einschätzung noch nicht ausreichend wahrgenommen. Natürlich stehe das Schloss „als Highlight“ im Mittelpunkt des Antrag, betonte er. Jedoch gehe es um das gesamte Residenzenensemble mit seiner Einbettung in die Landschaft – und darum, dass „Welterbe auch lebt und sich nicht nur in Mauern ausdrückt“. Insofern halte er zum Beispiel das Schlossfest für einen wichtigen Beitrag zur Welterbe-Bewerbung. „Diese drei Tage sind ein anschauliches Beispiel dafür, wie man Geschichte auch erlebbar machen kann!“

Foto: Jörn Lehmann



Das Residenzenensemble Schwerin - einzigartige Kulturlandschaft des romantischen Historismus.



Foto: Cornelius Kettler

◀ Dieser Bentley S3 Continental, Baujahr 1967, gehörte zur bunten Palette der Oldtimer, die bei der traditionellen ADAC Sunflower Rallye 2015 Ende August am Start waren. Bei strahlendem Sonnenschein und vor Traumkulisse starteten die mehr als 50 liebevoll gepflegten Autos – Alltagsklassiker, Sportwagen-Ikonen und Vorkriegsboliden – auf dem Schweriner Alten Garten ihre Tour auf den Straßen im Umkreis der Landeshauptstadt. Die Oldtimer-Freunde treffen sich seit mehr als zehn Jahren zur Sunflower Rallye in landschaftlich reizvollen Regionen Deutschlands. Auch 2016 geht es wieder durch Mecklenburg-Vorpommern, dann wird die Rallye im Ostseebad Zingst zu Gast sein.

Foto: Jens Büttner



◀ Einen weitgereisten Gast begrüßte Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp am 20. Juli im Schweriner Schloss: Mr. Donald Thomas Harwin aus dem australischen Bundesstaat New South Wales. Der Präsident des Legislative Council des bevölkerungsreichsten Bundesstaates von Australien besuchte auf seiner Deutschland-Tour auch den Landtag von M-V. Er interessierte sich insbesondere für die Aufgaben und Zuständigkeiten der Bundesländer im föderalen System der Bundesrepublik und für die konkrete Organisation der Parlamentsarbeit. Nach Schwerin sei er auch wegen des wunderbaren Landtagsitzes gekommen, bekannte Harwin im Gespräch mit Beate Schlupp. Bei einem ausführlichen Rundgang konnte sich der Australier einen Eindruck vom Reiz des Schweriner Schlosses, aber auch von den Herausforderungen einer denkmalgerechten Parlamentsnutzung verschaffen.

Foto: Landtag M-V



◀ Das Aktionsbündnis „Freier Horizont“ übergab am 8. Juli an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider die Unterschriftenliste für eine Volksinitiative. Das Bündnis will einen größeren Abstand von höheren Windkraftanlagen zu Wohngebieten erreichen. Die Initiatoren der Volksinitiative befürchten durch den weiteren Ausbau der Windkraft Nachteile für Tourismus und Naturschutz. Sind die erforderlichen 15.000 Unterschriften für die Volksinitiative zusammengekommen, muss sich der Landtag mit den Forderungen beschäftigen.

Trotz der parlamentarischen Sommerpause war der Plenarsaal nicht verwaist – viele Gäste nutzen auch die Sommermonate für eine Stippvisite im Landtag. Am 21. Juli waren auf Einladung von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider rund 40 Kinder und Jugendliche im Schloss, die sich im Diabetiker-Camp des Mediklin Müritzklinikums Waren/Müritz erholten. Für viele der 6- bis 18-Jährigen war es der erste Besuch in Schwerin und im Schloss. Bei einem Rundgang konnten sie im Thronsaal einen Eindruck von der Pracht der herzoglichen Wohn- und Festräume gewinnen, im Plenarsaal dann ging es um die heutige Nutzung des Schlosses als Parlamentssitz. Krönender Abschluss waren ein leckeres Mittagessen im Schloss-Café und eine Rundfahrt mit der Weißen Flotte.



Foto: Landtag M-V

